

# Internationale Interessen und regionale Konflikte im südlichen Afrika: Die Dekolonisation Zimbabwes\*

Von *Gerald Braun*

## 1. Von der weißen Rebellenkolonie zum schwarzafrikanischen Nationalstaat

»There is something new always coming out of Africa.« Knapp sechzehn Monate nachdem die anglo-amerikanischen Friedensinitiativen um die Jahreswende 1978/79 endgültig gescheitert schienen, war aus der weißen ›Rebellenkolonie‹ Rhodesien der international anerkannte schwarzafrikanische Nationalstaat Zimbabwe geworden. Der Machtwechsel vollzog sich am Ende in demokratischen Wahlen, nicht in einem – vielfach prophezeiten – Blutbad, und der erste Premierminister Zimbabwes, Robert Mugabe, verwandelte sich gleichsam über Nacht vom marxistischen Terroristenchef – so die konservative Presse – zum pragmatischen Staatsmann. Auch sonst mußte so manche konventionelle Weisheit revidiert werden:

- Vierzehn Jahre nach der einseitigen Unabhängigkeitserklärung Rhodesiens übernahm Großbritannien unter der konservativen Regierung M. Thatcher kurzfristig wieder die Kolonialherrschaft in Zimbabwe/Rhodesien, dies allerdings auf Druck der radikal anti-kolonialistischen Frontstaaten, und nur, um den Dekolonisationsprozeß Rhodesiens zu vollenden.
- Die sog. idealistische Menschenrechtspolitik der Carter-Administration zeitigte den ersten realen Erfolg der US-Außenpolitik im südlichen Afrika nach dem Scheitern der Realpolitik Henry Kissingers in Angola.
- Und die nach eigener Einschätzung eigentlichen Experten für die Probleme Afrikas, die Sowjetunion und Südafrika, schätzten, wenn auch aus unterschiedlichen Gründen, die Entwicklung in Zimbabwe/Rhodesien falsch ein und setzten mit Joshua Nkomo bzw. Abel Muzorewa auf die Verlierer.

Die skizzierten – tatsächlichen oder vermeintlichen – Paradoxien sind nicht zuletzt Ergebnis einer rapiden Eskalation des militärischen Konflikts in und um Zimbabwe/Rhodesien. Die Weiterführung des Krieges begann für alle Beteiligten spätestens ab Anfang 1979 höhere Kosten – im weitesten Sinne des Wortes – zu produzieren als seine Beendigung. Die nüchterne Neubewertung des politisch-strategischen Kalküls durch die beteiligten Parteien führte im Zeichen wachsender Gewalt und nach zähen Verhandlungen

\* Für wertvolle Anregungen danke ich Conraad Brand, University of Zimbabwe, Harare. Eine Kurzfassung des Beitrags erscheint unter dem Titel »Simbabwe. Von der weißen Rebellenkolonie zum schwarzafrikanischen Nationalstaat« in: Die Internationale Politik 1979/80, Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, hrsg. von Wolfgang Wagner u. a., R. Oldenbourg Verlag, München-Wien 1983.

gen zum Waffenstillstand vom 28. 12. 1979. Am 18. 4. 1980 wurde die Republik Zimbabwe unabhängig.

Die verwirrende Vielfalt von Akteuren, Prozessen und Strukturen im südlichen Afrika<sup>1</sup> zwingt zu radikaler »Reduktion von Komplexität« (N. Luhmann).

Im folgenden werden daher lediglich die Interessen und Strategien der staatlichen Akteure und internen Konfliktparteien analysiert, die auf die letzte Phase der Dekolonisation Zimbabwes 1976 bis 1980 entscheidenden Einfluß hatten.<sup>2</sup>

## **2. Die »interne« Lösung: Widerstand auf Zeit**

Von einigen halbherzigen Versuchen der weißen Minderheitsregierung Smith abgesehen, kamen bis 1978 alle Initiativen, den Rhodesienkonflikt zu lösen, von außen – und alle scheiterten.

Die »interne« Lösung der rhodesischen Regierung bezog erstmals »gemäßigte« schwarze Nationalisten ein, schloß aber die exilierten, sog. radikalen Befreiungsbewegungen der Patriotischen Front (ZAPU und ZANU) aus.<sup>3</sup>

Zusammen mit den gemäßigten schwarzen Gruppierungen UANC, ZANU/S und ZUPO, bildete Ian Smith eine Übergangsregierung, die eine neue Verfassung ausarbeitete und im April 1979 interne Wahlen abhielt. Aus ihr gingen die Rhodesische Front Ian Smiths auf weißer (alle 28 der für Europäer reservierten Sitze) und Bischof Abel Muzorewas UANC auf schwarzer Seite (51 der 72 »afrikanischen« Sitze) als Sieger hervor.

Am 1. Juni 1979 trat die neue Verfassung in Kraft.<sup>4</sup> Erstmals in der Geschichte Rhodesiens wurde der schwarzen Bevölkerungsmehrheit ein allgemeines Wahlrecht eingeräumt; der gesellschaftliche Status quo zugunsten der weißen Minderheit in den meisten wichtigen Bereichen des öffentlichen Lebens (Justiz, öffentlicher Dienst, Polizei und Streitkräfte) abgesichert.

Wie ein südafrikanischer (!) Kommentator sarkastisch anmerkte, war die ganze Geschichte nicht mehr als eine »Neuanordnung der Deckstühle auf der Titanic«.<sup>5</sup> Bereits der neue Name des »hybriden« (C. Legum) Staates Zimbabwe/Rhodesien schien anzudeuten, daß es sich nur um eine Übergangslösung handelte.

1 Hierzu zählen im folgenden: Südafrika, Namibia, Rhodesien/Zimbabwe, Angola, Malawi, Mozambique, Zambia, Tanzania und die BLS-Staaten Botswana, Lesotho und Swaziland. Eine eindeutige Definition, welche Staaten zum südlichen Afrika zu zählen sind, existiert nicht.

2 Eine gewisse Bedeutung hatten noch: Die skandinavischen Länder und die Niederlande bei der Unterstützung der Befreiungsbewegungen; Kuba und die DDR mit ihrer (militärischen) Hilfe an ZAPU; die OAU und die EG. Vgl. African Contemporary Record (ACR) 1979/80, p. A59 und ACR 1980/81, p. A177.

3 Baumhögger, Goswin, Art. Zimbabwe, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg.), Handbuch der Dritten Welt, Band 5, Ostafrika und Südafrika 2. Ausgabe, Hamburg 1982 S. 422.

4 Vgl. hierzu: The Parliament of the Commonwealth of Australia. Report of the Joint Committee on Foreign Affairs and Defence: Zimbabwe, Canberra 1980, p. 86 (im folgenden: Report of the Joint Committee).

5 Africa Research Bulletin (ARB), Vol. 16, No. 1, Febr. 15, p. 5133 (Political Social and Cultural Series).

Tatsächlich sollte sich keine der Hoffnungen erfüllen, die die Protagonisten der Muzorewa/Smith-Regierung in Südafrika, aber auch im konservativen Parteienspektrum des Westens an die interne Lösung geknüpft hatten.

### 3. Ziele und Strategien der beteiligten Akteure

#### 3.1 Die Politik der Carter-Administration: Der Realismus der idealistischen Menschenrechtspolitiker

Die Fähigkeit der USA, gleichzeitig sich widersprechende ›Politiken‹ zu verfolgen, zeigte sich auch an ihrer Politik im südlichen Afrika;<sup>6</sup> angesichts der internen pressure-groups und des Dauer-Konflikts zwischen ›Globalisten‹ und ›Regionalisten‹<sup>7</sup> in den USA ein kaum überraschendes Ergebnis.

Am Anfang der neuen amerikanischen Afrika-Politik stand die Dekolonisation Portugiesisch-Afrikas. Um eine weitere – tatsächliche oder vermeintliche – kubanisch-sowjetische Expansion im südlichen Afrika einzudämmen und die geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen der USA zu wahren, hatte der ›Globalist‹ Henry Kissinger für das weiß dominierte Rhodesien 1976 einige Prinzipien formuliert, die den Forderungen des bislang scharf kritisierten Lusaka-Manifests der OAU von 1969 nicht unähnlich sahen. Folgende Punkte seien für die republikanische Regierung Nixon unverzichtbar: (1) keine Anerkennung des Smith-Regimes; (2) eine schwarze Mehrheitsregierung in Zimbabwe innerhalb von zwei Jahren; (3) keine Unterstützung des weißen Minderheitsregimes; (4) engere Konsultationen mit den Frontlinien-Staaten; (5) friedlicher Übergang zur Mehrheitsregierung. »In order to facilitate peaceful transition to majority rule, the US proposed to giving \$ 100 million for a Zimbabwe Development Fund.«<sup>8</sup>

Noch wenige Jahre zuvor hatte Kissinger festgestellt »that liberation movements were relatively powerless, and therefore white minority regimes would dominate Southern Africa for the foreseeable future.«<sup>9</sup>

Kissingers geopolitische Vorwärtsstrategie scheiterte u. a., weil sie die Interessen der schwarzafrikanischen Frontlinien-Staaten nicht hinreichend berücksichtigte und die Befreiungsbewegungen Zimbabwes (ZAPU und ZANU) aus einer Konfliktlösung explizit ausschloß.

6 Vgl. Bowman, Larry W., The Strategic Importance of South Africa to the United States: An Appraisal and Policy Analysis, in: African Affairs, Vol. 81, 1982, p. 174.

7 Vgl. hierzu: Price, Robert M., US-Foreign Policy in Sub-Saharan Africa: National Interest and Global Strategy, Berkeley 1978.

8 Payne, Richard J.; Ganaway, Eddie, The Influence of Black Americans on US Policy Towards Southern Africa, in: African Affairs, Vol. 79, 1980, p. 595.

9 Ebda., p. 594. Im Memorandum 39 von 1969, Spitzname ›tarbaby‹. Vgl. hierzu: El Khawas, Mohamed (ed.), The Kissinger Study of Southern Africa: National Security Study. Memorandum 39, Westport, Conn. 1976.

Die Regionalisten<sup>10</sup> der neuen Regierung des Demokraten J. Carter befürworteten – durchaus auf der Linie des Republikaners Kissinger – die »rasche Errichtung einer uneingeschränkten Demokratie in einem unabhängigen Zimbabwe«<sup>11</sup> (Präsident Carter am 28. 3. 1978 in Lagos!), um eine unkontrollierbare Eskalation des militärischen Konflikts in der Region zu vermeiden. Anders als der Geopolitiker Kissinger interpretierten sie die Konflikte in Zimbabwe/Rhodesien primär als autochthone Rassen- und Klassenkonflikte, die von der antagonistischen Weltmacht, den UdSSR, nicht erzeugt, sondern schlimmstenfalls für die eigenen Interessen ausgebeutet würden.

Die Stärkung des afrikanischen Nationalismus nach dem Motto ›Afrika den Afrikanern‹ und eine – auch aus innen- wie außenpolitischen Gründen angezeigte<sup>12</sup> – Menschenrechtspolitik galten als geeignete Mittel, die eigentlichen Ursachen des rhodesischen Konflikts zu beseitigen.

Hieraus folgte nach Ansicht der Analytiker im State Department dreierlei:

- Es sei weder nötig noch wünschenswert, der kubanisch-sowjetischen Intervention im südlichen Afrika, gleichsam spiegelbildlich, mit militärischen Mitteln zu begegnen. Langfristig sei ein wirtschaftliches Hilfsprogramm zur Stärkung der Unabhängigkeit Zimbabwe/Rhodesiens das beste Instrument zur Sicherung der amerikanischen Interessen; ein Konzept das Kissinger bereits 1976 vorgeschlagen hatte.
- Die geopolitische Einteilung der schwarzen Nationalisten in gemäßigte pro-westliche (Muzorewa, Sithole, Chirau) und radikale anti-westliche Kräfte (Nkomo und – vor allem – Mugabe) sei als irrelevant, wenn nicht gar kontraproduktiv fallenzulassen. »What distinguished Mr. Young from the previous policymakers was his apparent lack of concern over the political leanings of a new black government. Mr. Young's argument was that even a leftist ›liberation‹ government, despite past attitudes and future rhetoric, would look to the West for its economic ties rather than a Soviet Union which has no historical links with Africa, little economic interest in the continent and no common ideological ground«.<sup>13</sup>
- Kurzfristig sei daher die amerikanische Option offenzuhalten – weder sei die interne Muzorewa-Smith-Regierung anzuerkennen noch die Sanktionspolitik zu beenden –, mittelfristig (wieder) das Gespräch, unter Umständen sogar die Kooperation mit der Patriotischen Front zu suchen.

10 Vor allem UN-Botschafter Andrew Young und Richard Moose, Assistenzstaatssekretär für Afrika-Angelegenheiten im Außenministerium.

11 ACR 1978/79, p. A82.

12 »Throughout his campaign, Carter relied heavily on black support. In an attempt to appeal to black voters who have been extremely concerned with civil rights in the United States and racial issues, Carter had to focus on basic rights for blacks in Southern Africa.« Payne, Richard J.; Ganaway, Eddie, *The Influence of Black Americans . . . a.a.O.*, pp. 589. Zu den einzelnen Afrika-Gruppen in den USA vgl. *Africa Confidential* vom 20. 1. 1982, pp. 5.

Außenpolitisch mußte besonders Nigerias dezidierte Anti-Apartheid-Politik berücksichtigt werden, da Nigeria wiederholt mit dem Einsatz der ›Ölwaffe‹ gedroht hatte.

13 Uttley, Garrick, *Globalism or Regionalism? United States Policy Towards Southern Africa*. The International Institute for Strategic Studies, Adelphi-Paper No. 154, London 1979, p. 8.

Folglich bezog die anglo-amerikanische Politik erstmals neben den Frontlinien-Staaten auch die Patriotic Front (ZAPU und ZANU) in ihre Vorschläge ein.<sup>14</sup>

Nach Lage der Dinge mußte diese Politik auf starke Widerstände stoßen. Die interne Regierung Muzorewa-Smith und auch die Patriotic Front fühlten sich ihres jeweiligen Alleinvertretungsanspruchs beraubt, und in Washington geriet das Weiße Haus 1979 in einen lang anhaltenden Abwehrkampf gegen einflußreiche Teile des Kongresses um den konservativen Republikaner Jesse Helms,<sup>15</sup> ein Konflikt, der erst durch die Ergebnisse der Lancaster-Haus-Konferenz gegenstandslos wurde.

Die Kombination von idealistischer Menschenrechtspolitik mit massiver Wirtschaftshilfe<sup>16</sup> öffnete den USA den Zugang zum südlichen Schwarzafrika. Nach seiner Wahlniederlage vom November 1980 zu den erfolgreichsten Teilen seiner Politik befragt, erwähnte Ex-Präsident Carter an erster Stelle die Afrikapolitik seiner Administration<sup>17</sup> – vermutlich zu Recht.

### 3.2 Der neue alte Kurs Großbritanniens: Die Diplomatie konservativer Pragmatiker

Großbritannien war in Rhodesien, von der geographischen Distanz abgesehen, erster Frontstaat. Zur Sicherung der massiven wirtschaftlichen<sup>18</sup> und regional-strategischen Interessen des Landes hatte die Labour-Regierung unter der Ägide von Außenminister D. Owen fünf Prinzipien formuliert, die als unverzichtbar betrachtet wurden:

- (1) Eine militärische ›Gegen-Intervention‹ – evtl. durch eine NATO-Eingreiftruppe<sup>19</sup> – gegen die kubanisch-sowjetische Intervention im lusophonen Afrika sei weder möglich noch nötig;
- (2) es komme vielmehr darauf an, einen möglichst schnellen, friedlichen und international akzeptierten Machtwechsel in Zimbabwe/Rhodesien auf dem Verhandlungsweg zu erzielen. Er allein könne die drohende Eskalation von Gewalt und die Internationalisierung des Konflikts verhindern;

14 Woraufhin Ex-Außenminister H. Kissinger »attacked Carter's Rhodesia Policy as constituting a tilt towards the radicals«, ACR 1978/79, p. A85.

15 Der »notable right-wing crusader« Jesse Helms (Africa Confidential vom 20. 1. 1982, p. 5) versuchte übrigens 1981 erfolglos die Ernennung von Chester Crocker zum Assistant Secretary of State for African Affairs in der Regierung Reagan zu verhindern, da Crocker ihm zu liberal war.

16 Die USA unterzeichneten als erste Nation am Tage der Unabhängigkeit Zimbabwes (!) ein Hilfsabkommen, konnten jedoch erst ab dem Fiskaljahr 1981/82 (unter der Reagan-Administration) ihre Zusage von 75 Mio. US-Dollar erfüllen – eine Entwicklung, »that prompted some Zimbabwean ministers to ask where the ›Kissinger billions‹ were«. Davidow, Jeffrey, Zimbabwe is a success, in: Foreign Policy, No. 48, Winter 1982/83, p. 102.

17 Übrigens mit der interessanten Bemerkung, ihr sei »the opening of access into Africa« gelungen. New York Times, 7. 11. 1980.

18 Vgl. z. B. Clarke, Duncan G., Foreign Companies and International Investment in Zimbabwe, Gwelo 1980.

19 Ein Vorschlag des konservativen Abgeordneten John Davies in der Unterhausdebatte am 7./8. 6. 1978, vgl. ACR 1978/79, p. A118.

- (3) eine international anerkannte Lösung des Rhodesien-Konflikts könne nicht gegen, sondern nur in enger Zusammenarbeit mit Nigeria und den Frontlinien-Staaten erzielt werden;
- (4) Großbritannien müsse seine diplomatischen Offensiven in enger Zusammenarbeit mit den USA starten, »so that its muscle could be added to the strength of Britain's negotiating role.«<sup>20</sup>
- (5) unter allen Umständen sei eine Situation zu vermeiden, in der die britische Regierung zwischen der »internen« Koalition und den Befreiungsbewegungen wählen müsse.

Insbesondere der letzte Punkt hatte der Labour-Regierung von Teilen der Konservativen – auch von Oppositionssprecherin Margaret Thatcher – den Vorwurf eingehandelt, sie unterstütze schwarze Terroristen und begünstige damit indirekt die sowjetische Intervention in Afrika.<sup>21</sup>

Konsequenterweise war im Wahlmanifest der Tories die Anerkennung der internen Muzorewa/Smith-Regierung und die Aufhebung der Sanktionen für den Fall eines Wahlsiegs versprochen worden.

Tatsächlich hatten die britischen Konservativen – bei Ablehnung der Apartheid – traditionell größere Sympathien für die Interessen der weißen Minderheit in Rhodesien/Zimbabwe gezeigt als für die Erwartungen der schwarzen Mehrheit.

»They see all »liberation movements« and any form of armed struggle as being intrinsically anti-western and »terrorist«. Even anticommunist African leaders who are in any sense radical are usually felt to be pro-Moscow . . . However, Tories are also pragmatists – and while their preferences may be shaped by their instincts, their policies are often influenced by considerations of Realpolitik.«<sup>22</sup>

Dennoch kam der Kurswechsel der britischen Premierministerin überraschend, vor allem für den rechten Flügel ihrer eigenen Partei (dem sog. Suez-Camp). Am Vorabend der Commonwealth-Konferenz in Lusaka, erklärte Margaret Thatcher, sie habe über die Frage der Anerkennung der internen Regierung und der Aufhebung der Sanktionen noch nicht entschieden, da sie einen anderen Weg gehen wolle, der mehr Länder auf die Seite Großbritanniens ziehen werde. Im übrigen müßten zunächst die bekannten britischen Prinzipien (der Labour-Regierung!) für eine echte, »genuine« schwarze Mehrheitsregierung erfüllt werden.<sup>23</sup>

Wirtschaftliche Sanktionen – Nigeria verstaatlichte unter Hinweis auf die »unklare Haltung« der britischen Regierung in der Rhodesienfrage das nigerianische Vermögen von British Petroleum<sup>24</sup> – und der politische Druck des Commonwealth, vor allem des konservativen australischen Ministerpräsidenten M. Fraser, hatten Außenminister Lord Carrington deutlich gemacht, daß die Verwirklichung des Tory-Wahlmanifests den nationalen Interessen Großbritanniens geschadet und das Land in die außenpolitische Isolierung gedrängt hätte.

Der Schwenk der konservativen Politik war ein Sieg der praktischen Vernunft. Zweifellos blieb die emotionale Präferenz der britischen Konservativen für eine Muzorewa/

Smith-Regierung gegenüber einer Regierung der Patriotischen Front davon unberührt – was nicht ausschloß, daß Großbritannien nach der Unabhängigkeit Zimbabwes zum größten Militär- und Entwicklungshelfer der Patriotischen Front avancierte.

### 3.3 Die sowjetische Strategie: Terrainverluste durch Fehleinschätzungen

Die generellen Ziele der sowjetischen Afrikapolitik waren auch gegen Ende der 70er Jahre unverändert geblieben:<sup>25</sup>

- Die Expansion der politisch-strategischen Einflußsphäre, (auch) um die Position der beiden »Weltrivalen«, der USA und der Volksrepublik China, auf dem Kontinent zu schwächen;
- die Förderung politisch-strategischer Interessen insbesondere durch den Aufbau eines weltweiten Systems von See- und Luftkapazitäten, die denen des Westens in etwa entsprechen sollten;
- der Ausbau wirtschaftlich-technischer Beziehungen, um die Ressourcen und Absatzmärkte afrikanischer Staaten zum eigenen Vorteil nutzen zu können.

Dabei ist generell in Rechnung zu stellen, daß »Soviet African policy is primarily responsive to Soviet opportunities and capabilities and is not the result of a »master plan« for Africa and the world.«<sup>26</sup>

Moskaus erklärte Ziele in der Region waren die Unterstützung von Befreiungsbewegungen (SWAPO, ANC, ZAPU) und die Intensivierung der Beziehungen zu den Frontlinien-Staaten nach der Dekolonisation Portugiesisch-Afrika.<sup>27</sup>

Beide – durchaus eigennützigen – Vorhaben lagen auf der politisch-ideologischen Linie der meisten OAU-Staaten<sup>28</sup> und der Blockfreien-Bewegung. Nicht diskreditiert durch

20 ACR 1978/79, p. A119.

21 Was M. Thatcher den Vorwurf von Premierminister J. Callaghan eintrug, sie sei »full of instant solutions«. ACR 1978/79, p. A117.

22 ACR 1978/79, pp. A116.

23 Vgl. hierzu: ACR 1979/80, p. A128.

24 Bereits am 24. 5. 1979 hatte Nigeria alle britischen Angebote für ein Hafenprojekt in Höhe von 101 Mio. Pfund mit der Bemerkung abgelehnt: »Until the British government clarifies its attitude (on Rhodesia) to black Africa the Nigerian government is not prepared to entertain any new proposals from British companies . . . the British business sector was suitably impressed by the point Nigeria was making . . .«, Martin, David; Johnson, Phyllis, *The Struggle for Zimbabwe. The Chimurenga War*, London and Boston 1981, pp. 302.

25 Vgl. auch Hubel, Helmut; Kupper, Siegfried, *Sowjetunion und Dritte Welt*, Bonn 1981 und Kühne, Winrich, *Die Politik der Sowjetunion in Afrika. Bedingungen und Dynamik ihres ideologischen, ökonomischen und militärischen Engagements*, Baden-Baden 1983.

Donaldson, Robert H., *The Soviet Union in the Third World*, in: *Current History*, Oct. 1982, p. 314.

26 Griffith, William E., *Soviet Power and Policies in the Third World: The case of Africa*, in: *International Institute for Strategic Studies, Prospects of Soviet Power in the 1980's, Part II, Adelphi-Paper No. 152*, London 1979, p. 39.

27 Vgl. Melchers, Konrad, *Die sowjetische Afrikapolitik von Chruschtschow bis Breschnew*, Berlin 1980, S. 68 ff.

28 Innerhalb der OAU hatte es 1977 Kritik an der Anerkennung der Patriotischen Front (ZAPU u. ZANU) durch Amin (Uganda) und Banda (Malawi) gegeben. Vgl. ACR 1977/78, p. A22. Außerdem wollten 1978/79 Zaire, Liberia, Elfenbeinküste und weitere frankophone Länder die »interne« Regierung Muzorewa/Smith anerkennen, blieben aber mit ihrer Position in der Minderheit. Vgl. ACR 1979/80, p. A64.

Wirtschaftsbeziehungen<sup>29</sup> zu dem ›ancien régime‹ in Salisbury, konnte sich die UdSSR als verlässlicher Freund Schwarzafrikas präsentieren, der – im Gegensatz zu den Westmächten – auch bereit war, sich militärisch auf Seiten des nationalen Befreiungskampfes zu engagieren.

Die UdSSR hatte zunächst für Zimbabwe die Durchsetzung des ›one-man, one-vote‹-Prinzips mit friedlichen Mitteln (Streiks, Demonstrationen) propagiert und auf ihre herausragende Rolle beim »Kampf in der UNO«<sup>30</sup> verwiesen. Aus dieser Zeit – Ende der 60er Jahre – resultierten enge Beziehungen zu ZAPU-Präsident Joshua Nkomo, der allgemein als kommender Mann in einem unabhängigen Zimbabwe galt. Die UdSSR unterstützte Nkomos ZAPU in der ersten Phase durch Stipendienprogramme, medizinisch-technische Hilfe und Propaganda-Aktionen. Mit Eskalation des bewaffneten Konflikts seit 1978 hatte sie – offenbar in Abstimmung mit Kuba und der DDR – ihre Militärhilfe (Waffenlieferungen, Bildungs- und Ausrüstungshilfe) an ZAPU und ZIPRA (dem militärischen Flügel von ZAPU) in Angola, Zambia und Tanzania erheblich ausgedehnt. Die politischen Beziehungen zu den Frontlinien-Staaten galten im allgemeinen als wohlwollend neutral oder sogar freundschaftlich. (1977 Freundschafts- und Kooperationsverträge mit Angola und Mozambique<sup>31</sup>.)

Dessen ungeachtet führte eine Kombination fundamentaler Fehleinschätzungen und – von der UdSSR – nicht kontrollierbarer Entwicklungen dazu, daß die Sowjetunion in den Prozeß der Konfliktlösung nicht ernsthaft eingreifen konnte:

- Bereits nach der Intervention der UdSSR im Horn von Afrika hatte die OAU auf ihrer Gipfelkonferenz in Khartum (18.–22. 7. 1978) mit deutlich anti-sowjetischem Akzent jegliche Gewalt- und Interventionspolitik in Afrika »regardless of the source«<sup>32</sup> verurteilt – ein Vorgang, der sich nach dem Einmarsch in Afghanistan 1979 wiederholen sollte (mit Gegenstimmen u. a. Angolas und Mozambiques).<sup>33</sup>
- Die Frontlinien-Staaten gaben – zur Irritation Moskaus – unverändert zu erkennen, daß sie an einer Verhandlungslösung des Rhodesienkonflikts unter britischer Ägide interessiert waren und warnten die UdSSR, zugunsten Nkomos Partei zu ergreifen.
- Joshua Nkomo übernahm zwar große Teile der marxistischen (und anti-chinesischen) Rhetorik Moskaus, zeigte sich aber als wahrer Meister,<sup>34</sup> so unterschiedliche ›Partner‹ wie die UdSSR, Zambia, Südafrika und den Lonrho-Konzern, einen internationalen Mischkonzern, für seine Sache zu interessieren.
- Die Beziehungen der Sowjetunion zur konkurrierenden Befreiungsbewegung ZANU,

29 Allerdings kursierten immer wieder Gerüchte, wonach die UdSSR unter Umgehung der UN-Sanktionen von Rhodesien Chrom bezogen hätte.

30 Melchers, Konrad, Die sowjetische Afrikapolitik . . . , a.a.O., S. 68.

31 Vgl. hierzu: Weimer, Bernhard, Die Außenpolitik Mozambiques 1975–1982, Baden-Baden 1983.

32 ACR 1978/79, p. A31. Dort auch eine Analyse der verschiedenen ›Lager‹ in der OAU.

33 Vgl. ACR 1979/80, p. A135.

34 »A journalist once observed that Nkomo could have breakfast at the Kremlin, lunch in the Lonrho-boardroom and dinner at the White House in the same day«. Martin, David; Johnson, Phyllis, The Struggle for Zimbabwe . . . a.a.O., p. 287.



der späteren Mehrheitspartei, und deren Präsident, Robert Mugabe, waren äußerst gespannt, wenn nicht feindselig. Die ZANU hatte sich nach ihrer Abspaltung von ZAPU ideologisch am Maoismus orientiert<sup>35</sup> und das Hegemonialstreben beider Supermächte, auch das des sowjetischen »Sozialimperialismus«<sup>36</sup> verurteilt. Während die ZANU von der VR China, Nord-Korea und Jugoslawien – auch militärisch – in Mozambique und Tanzania unterstützt wurde, verweigerte die Sowjetunion jegliche Militärhilfe an den vermeintlich schwächeren Part der Patriotischen Front.<sup>37</sup>

Noch gegen Ende des Bürgerkriegs erklärten DDR-Vertreter der ZANU, sie betrachteten sie als »Splittergruppe«,<sup>38</sup> die sich ZAPU wieder anschließen solle.

Mit Beginn der internationalen Konferenzserie ab Mitte 1979 wurde die Sowjetunion in die Rolle eines »Zaungastes« gedrängt. Sie mußte sich darauf beschränken, die Entwicklung in und um Zimbabwe/Rhodesien kritisch zu kommentieren.

Einerseits begrüßte man, eher widerwillig, die Bereitschaft der Patriotischen Front zu Verhandlungen, andererseits wurde sie davor gewarnt, die Waffen niederzulegen und in die britische »Falle«<sup>39</sup> zu laufen.

Auch die Teilnahme der Patriotischen Front an den Wahlen von 1980 kam für die UdSSR offenbar überraschend, ebenso ihr Ausgang. Der neue Ministerpräsident Zimbabwes, Robert Mugabe, revanchierte sich, indem er 1980 dreimal Versuche der UdSSR, diplomatische Beziehungen aufzunehmen, ablehnte.<sup>40</sup>

Es muß künftigen Historikern überlassen bleiben, herauszufinden, ob die UdSSR an einer (Verhandlungs-)Lösung des Rhodesienkonflikts je ernsthaft interessiert war.

### **3.4 Die Politik der VR China: Zwischen sino-sowjetischer Rivalität und Süd-Süd-Kooperation**

Seit der Aufnahme erster, inoffizieller Kontakte bei der afro-asiatischen Solidaritätskonferenz in Bandung 1955 verfolgte die Politik der VR China in Afrika vor allem drei Zielsetzungen:<sup>41</sup>

1. Die Eindämmung des sowjetischen Einflusses (»Sozialimperialismus«) in Afrika, wo immer dies möglich ist – und zwar relativ unbekümmert um die dabei praktizierten Methoden.

35 Noch im Frühjahr 1979 hatte der DDR-Staatsratsvorsitzende Honecker Robert Mugabe vergeblich zu einem Bruch mit Peking zu überreden versucht. Vgl. ACR 1978/79, p. A19.

36 Melchers, Konrad, Die sowjetische Afrikapolitik . . . , a.a.O., S. 68.

37 Sowjetische Waffen gelangten nur indirekt – über die FRELIMO-Regierung in Mozambique in den Besitz der ZANU. Vgl. Martin, David; Johnson, Phyllis, The Struggle for Zimbabwe . . . a.a.O., pp. 316.

38 ACR 1978/79, p. A19.

39 ACR 1979/80, p. A101.

40 Vgl. ACR 1980/81, p. A139. Woraufhin Radio Moskau dem ZAPU-Mitglied Ndlimamasanga im Oktober 1980 Gelegenheit gab, den Verrat sozialistischer Ziele durch die Mugabe-Regierung zu beklagen. Ebda.

41 Vgl. hierzu: Hutchison, Allen, China in Africa. A Record of Pragmatism and Conservatism, The Round Table No. 259, London 1975, p. 264; Cadmiller, Joseph, Chinese Foreign Policy. The Maoist Era and its Aftermath, Seattle 1980, p. 47.

2. Der Aufbau stabiler politisch-wirtschaftlicher Beziehungen insbesondere durch Gewährung von Entwicklungs- und Militärhilfe zu relativ günstigen Konditionen, die als Prototyp uneigennütziger Süd-Süd-Kooperation betrachtet werden.
3. Die Propagierung einer globalen Revolutionsstrategie, die den Modellcharakter der chinesischen Revolution für den anti-kolonialen und anti-imperialistischen Befreiungskampf auch Afrikas betont.

Dabei ist die rotchinesische Afrikapolitik durch ein hohes Maß an Pragmatismus und Inkonsistenz gekennzeichnet: »China has demonstrated a willingness to support Communist movements without regards to their human rights record or their lack of mass support, anti-communist movements when they are anti-Soviet or . . . anti-Cuban (UNITA in Angola) and right-wing governments that are anti-Soviet or have a strategic geographical location.«<sup>42</sup> Im südlichen Afrika hatte die VR China seit Bau der Tanzam-Bahn (Beginn: Juli 1970) traditionell gute Beziehungen zu den Frontlinien-Staaten Tanzania und Zambia.<sup>43</sup>

Enge Kontakte bestanden zur ZANU und ZANLA (dem militärischen Flügel von ZANU) Robert Mugabes. Die Rotchinesen unterstützten seit 1963 ZANU mit Waffen, Ausrüstung und Ausbildung – primär in Tanzania und in der VR China –, wobei sich, von der materiellen Hilfe abgesehen, die Orientierung der ZANU an der chinesischen Revolutionsstrategie als (kriegs-)entscheidend erweisen sollte.

Offenbar auf Anraten J. Nyereres hatte Außenminister Huang Hua eine Lösung des Rhodesienkonflikts gefordert, die die »gerechten Wünsche«<sup>44</sup> des Volkes von Zimbabwe und der Frontlinien-Staaten gleichermaßen berücksichtigen müsse.

Konsequenterweise unterstützte die VR China eine internationale Verhandlungslösung unter Ausschluß der UdSSR, leistete aber daneben – soweit es ihre beschränkten Kapazitäten zuließen – weiterhin Militärhilfe an ZANU bzw. ZANLA. Der Sieg Robert Mugabes als eines »Marxist of Maoist sort«<sup>45</sup> wurde fast triumphierend begrüßt. Nach den Rückschlägen der chinesischen Afrikapolitik in Angola und Mozambique, betrachtete man die Machtübernahme durch die ZANU als Wendepunkt zum Besseren – zumal sie auf Kosten Moskaus ging.

42 Copper, John F., China's Global Strategy, in: Current History, Sept. 1981, p. 279. Daraus folgert Copper: »To a large extent, Beijing now follows the lead of the West in third world countries«.

43 Vgl. Bailey, Martin, Chinese Aid in Action. Building the Tanzania-Zambia Railway, in: World Development, Vol. 3, No. 7/8, July/August, 1975, p. 591. Die westliche Reaktion auf dieses Projekt war »a curious mixture of the yellow peril and red menace«. Broadbent, Kieran, Chinese Aid and Trade in African Countries, in: Contemporary Review, Vol. 216, No. 1248, 1970, p. 21.

44 Am 9. 11. 1979. ACR 1979/80, p. 117.

45 ACR 1979/80, p. A29.

### 3.5 Die Strategie der Republik Südafrika: Systemstabilisierung und Vorwärtsverteidigung

Nach der Dekolonisation Portugiesisch-Afrikas hatte Südafrika mit seiner Détente-Politik versucht, einen cordon sanitaire gemäßigter schwarzafrikanischer Satellitenstaaten zu schaffen, der als Bollwerk gegen die – so jedenfalls sah es Pretoria – kommunistische ›swart gevaar‹ dienen sollte. Die Außenpolitik der Nationalen Partei basierte auf der Einsicht, daß der Status quo an der Peripherie Südafrikas langfristig nicht haltbar und ein gradueller und kontrollierter Machtwechsel in Rhodesien einem sich über Jahre hinziehenden Konflikt mit unabsehbaren Folgen für das gesamte südliche Afrika vorzuziehen sei.<sup>46</sup>

Paradoxerweise wurde so die weiße Minderheitsherrschaft in Rhodesien zum Hindernis einer Politik, die auf langfristige Herrschaftsstabilisierung der weißen Minderheit in Südafrika zielte. Innenpolitisch durch die Wahlsiege von 1974 und 1977 gestärkt, entwickelte die Regierung der Nationalen Partei Südafrikas eine Politik, deren langfristiges Ziel der Systemwechsel im rhodesischen Vorfeld war.

Erst der ›verbale Radikalismus‹ der amerikanischen Anti-Apartheid-Politik unter Carter (und das Auftauchen für Pretoria akzeptabler schwarzer Nationalisten um Muzorewa in Rhodesien) hatten zu einer Entspannung des konfliktreichen Verhältnisses zwischen Ian Smith und der südafrikanischen Regierung geführt.<sup>47</sup>

Beide Seiten forcierten fortan die gemäßigte interne Lösung, die voll auf der Linie Pretorias lag: Die Kontrolle des rhodesischen Sicherheitsapparates durch die weiße Minderheit schloß eine militärische Bedrohung Südafrikas durch Zimbabwe/Rhodesien aus und die Eigentumsgarantie der internen Verfassung schützte die massiven Wirtschaftsinteressen der Republik in Rhodesien.

Enttäuscht durch den ›Umfall‹ der britischen Konservativen unter Margaret Thatcher, investierte die südafrikanische Regierung in einer Art time-buying-Politik in die Regierung Muzorewa in der Hoffnung, der kleinmütige Westen »would come to senses and call a halt to the advance of communism in Africa« (Premierminister P. Botha).<sup>48</sup>

Bischof Muzorewa wurde (auch in seinen Wahlkampagnen 1979 und 1980) materiell und logistisch von Südafrika unterstützt.<sup>49</sup> Gleichzeitig beteiligten sich die südafrikanischen Streitkräfte (SADF) an der großangelegten Destabilisierungsstrategie der rhodesischen Armee gegen die Frontlinien-Staaten 1979. Pretoria hoffte im besten Falle auf eine

46 Vgl. hierzu Jaster, Robert S., *South Africa's Narrowing Security Options*. The International Institute for Strategic Studies, Adelphi-Paper No. 159, London 1980 und Meinardus, Ronald, *Die Afrika-Politik der Republik Südafrika*, Bonn 1981.

47 Vgl. dazu Martin, David; Johnson, Phyllis, *The Struggle for Zimbabwe*, a.a.O., pp. 236.

48 ACR 1978/79, p. A3.

49 Vor den internen Wahlen im April 1979 erhielt Muzorewa Gelder vom Schah von Persien und vom südafrikanischen Department of Information. Vor den Wahlen im Februar 1980 scheint Muzorewa auch Geld von südafrikanischen, amerikanischen und britischen Firmen – unter anderem auch von der Confederation of British Industries erhalten zu haben. Vgl. ACR 1979/80, p. B968.

Alleinregierung Muzorewas; im schlimmsten Fall auf eine Koalition Muzorewa/Nkomo, die den Marxisten Robert Mugabe politisch ausschalten würde.<sup>50</sup> Der überwältigende Wahlsieg Robert Mugabes löste daher in der weißen Bevölkerung Südafrikas einen »vast shock«<sup>51</sup> aus und ermutigte den schwarzen Widerstand zu weiteren Aktionen.

### 3.6 Die Politik der Frontlinien-Staaten: Erfolgreiche Doppelstrategie

Bei den Frontlinien-Staaten (Angola, Botswana, Mozambique, Zambia und Tanzania) handelte es sich um eine heterogene Allianz von Staaten, die – wenn auch mit unterschiedlicher Intensität – zum weißdominierten Südafrika gleichzeitig antagonistische und kooperative Beziehungen unterhielten. Dennoch galten die Frontlinien-Staaten seit ihrer Formierung 1975 als »Speerspitzen« der OAU und der Blockfreien-Bewegung im Befreiungskampf des südlichen Afrika.

Die offizielle Legitimation ihrer Funktion durch die OAU versetzte die Allianz in die Lage »Tempo und vor allem auch Charakter der Veränderungen südlich des Sambesi beeinflussen zu können, soweit dadurch die in der OAU niedergelegten Prinzipien nicht verletzt wurden.«<sup>52</sup>

Die Gruppe versuchte – zunächst unter der Ägide Tanzanias und Zambias – ihre Politik gegenüber Salisbury und den anderen Minderheitsregierungen in der Region zu koordinieren und die einzelnen Befreiungsbewegungen zu einer einheitlichen und effektiven Widerstandsbewegung zusammenzufassen. Auf Druck der Frontlinien-Staaten schlossen sich 1976 ZANU und ZAPU zur Patriotischen Front zusammen.<sup>53</sup>

Die sogenannte »Strategie der Prioritäten« betrachtete Rhodesien und Namibia als vordringlichstes Problem im Konfliktfeld; die Beseitigung der Apartheid-Regierung in Südafrika wurde demgegenüber zurückgestellt.

Die Position der Frontlinien-Staaten in der Rhodesienfrage läßt sich etwa in folgenden Punkten zusammenfassen:<sup>54</sup>

- Die Patriotische Front (ZANU und ZAPU) ist der einzig legitimierte und repräsentative Vertreter des Volkes von Zimbabwe. Die (interne) Muzorewa/Smith-Regierung ist illegal;

50 Pretoria hatte »Bischof Abel Muzorewa fest in eine Koalition mit Joshua Nkomo eingeplant, um Robert Mugabe politisch auszuschalten«. Frankfurter Rundschau, 7. 3. 1980.

51 The Economist, London, 8. 3. 1980.

52 Braunger, Manfred, Die zambische Außenpolitik – ein Beitrag zur nationalen Emanzipation, MS, Freiburg im Breisgau 1983, S. 173.

53 Ein Vorgang, der in einzelnen Ländern den Verdacht aufkommen ließ, daß »the Presidents not only produced a ready made formula for a single united party; they also handpicked its top leaders and purported the allocated posts to the Presidents of ZANU (and) ZAPU . . .«. Mubako, Simbi, The Quest for Unity in the Zimbabwe Liberation Movement, in: Issue, Vol. V, No. 1, 1975, p. 13 (das Zitat bezieht sich auf die Bemühungen der Präsidenten der Frontlinienstaaten 1974/75 eine nationalistische Einheitsfront zu schaffen).

54 Grundlegend ist dazu die Deklaration von Dar es Salaam; ein Dokument, das auf dem OAU-Gipfel in Kampala 1976 einstimmig als OAU-Politik im südlichen Afrika angenommen wurde. Vgl. ACR 1978/79, p. A27. Der Text der Deklaration ist abgedruckt in: ACR 1975/76, pp. C71.

- die politische und die völkerrechtliche Verantwortung liegt bis zur Unabhängigkeit Zimbabwes bei der Kolonialmacht Großbritannien;
- es kann keine Unabhängigkeit Zimbabwes vor Bildung einer – aus demokratischen Wahlen hervorgegangenen – Mehrheitsregierung geben.<sup>55</sup>
- eine Verhandlungslösung im Rahmen einer All-Parteien-Konferenz kann nur durch wirtschaftlichen Druck und durch Intensivierung des bewaffneten Kampfes erzwungen werden.

Die Position der Frontlinien-Staaten wurde durch den informellen Beitritt Nigerias 1978, als einzigem außerregionalen Staat, erheblich gestärkt. Die westafrikanische Regionalmacht begann ihr Wirtschafts- und Erdölpotential im Interesse der Frontstaaten-Politik einzusetzen.<sup>56</sup> Die USA und Großbritannien wurden ultimativ aufgefordert, die Muzorewa/Smith-Regierung nicht anzuerkennen; eine Forderung, der durch Nationalisierung des Anteils von British Petroleum an der nigerianischen BP-Shell-Company am Vorabend der Commonwealth-Konferenz von Lusaka Nachdruck verliehen wurde.<sup>57</sup> Andererseits waren 1978 zwischen Zambia und den übrigen Frontlinien-Staaten erhebliche Differenzen über die Bevorzugung von Nkomos ZAPU durch Zambia aufgetreten sowie über Präsident Kaundas – wirtschaftlich motivierte – Entscheidung, die Grenze zu Rhodesien wieder zu öffnen.<sup>58</sup>

Die mit Eskalation des Krieges 1979 wachsenden Probleme – anhaltende Flüchtlingsströme, grenzüberschreitende rhodesisch-südafrikanische Luft-»raids«, interne Konflikte mit Guerilla-Kämpfern, wirtschaftliche Schwierigkeiten – bestärkten die Frontlinien-Staaten in ihrer Doppelstrategie: Sie intensivierten die militärisch-logistische Unterstützung der Patriotic Front und verstärkten gleichzeitig den Druck auf Großbritannien und auf die Befreiungsbewegung, einer konsensfähigen Verhandlungslösung zuzustimmen – eine Strategie, die sich als erfolgreich erweisen sollte.

### 3.7 Die Rolle der Patriotic Front: Allianz auf Zeit

Die Patriotic Front war – entgegen ihrem Namen – eine taktische Allianz der exilierten schwarzen Nationalisten von ZAPU und ZANU auf Zeit. Sie kam 1976 auf

55 Das sogenannte NIBMAR-Prinzip (No Independence Before Majority Rule).

56 Zu den durchaus eigennützigen Motiven Nigerias vgl.: »that is a course with which people can identify and one that can also be justified in terms of 'vital interests and national security'. Stremlau, John S., The Fundamentals of Nigerian Foreign Policy, in: Issue, Vol. XI, No. 1/2, 1981, p. 47.

57 »Lord Carrington called the nationalization a 'monstrous act'.« Spiliotes, Nicholas J., Nigerian Foreign Policy and Southern Africa: A Choice for the West, in: Issue, Vol. XI, No. 1/2, 1981, p. 45.

58 Eine Tatsache, die vor allem von den ZANU-»Sympathisanten« Nyerere (Tanzania) und Machel (Mozambique) kritisiert wurde. Die spektakulärste Aktion Kaundas gegen ZANU war im Frühjahr 1975 die Inhaftierung des gesamten Exekutivrates und militärischen Oberkommandos sowie von Mitgliedern des Zentralkomitees der ZANU nach dem Mord an ZANU-Mitglied Herbert Chitepo in Lusaka. Zum Verhältnis von ZANU-Präsident Mugabe zum zambischen Präsidenten Kaunda vgl. seine Bemerkung: »Well, I think, President Kaunda has been the principal factor in slowing down our revolution. He has arrested our men, locked them up, and within his prisons and restriction areas there have been cases of 'poisoning'.« Martin, David; Johnson, Phyllis, The Struggle for Zimbabwe . . ., a.a.O., p. 210.

Druck der Frontlinien-Staaten zustande und brach vor den Wahlen 1980 auseinander. Die Patriotische Front hatte sich zum Ziel gesetzt:

- Das rassistische Minderheitsregime in Rhodesien zu stürzen, auch und vor allem mit militärischen Mitteln;
- alle Formen kapitalistischer Ausbeutung zu eliminieren und die Bedingung für eine umfassende (»large scale«) soziale Revolution zu schaffen (einem Ziel, dem sich R. Mugabes ZANU wesentlich stärker verpflichtet fühlte als J. Nkomos ZAPU);
- nationalen Frieden, Sicherheit, gleiche Rechte und Glück für alle Menschen in einem freien und demokratischen Zimbabwe zu sichern.<sup>59</sup>

Trotz dieses gemeinsamen Programms hat die Patriotische Front nie vorgegeben, eine einheitliche Formation zu sein. Dazu waren die persönlichen und sachlichen Unterschiede zu groß.

Zwischen ZAPU-Präsident Nkomo und ZANU-Chef Mugabe bestanden erhebliche Rivalitäten, die zum Teil aus Unterschieden in der Persönlichkeit, z. T. aus ideologisch-taktischen Differenzen resultierten.<sup>60</sup>

Die Anlehnung an die Sowjetunion (und deren Vokabular) hatte Nkomo nicht daran gehindert, ab Anfang der siebziger Jahre Gespräche mit Smith und der südafrikanischen Regierung zu suchen. Mugabe mißtraute dem hegemonialen Streben der UdSSR zutiefst und hielt Nkomos Kontakte mit den weißen Rassisten für Zeichen einer Appeasement-Politik (u. U. zu Lasten der ZANU). Umgekehrt fürchtete Nkomo in einem ZANU-Einparteiensystem zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt zu werden.

Ethnische Differenzen kamen hinzu. ZAPU rekrutierte sich überwiegend aus den Nguni-sprechenden (oder auch Ndebele-)Stammesgruppen im Süden und Südwesten des Landes, die lediglich 19 % der Gesamtbevölkerung ausmachen.<sup>61</sup> Der Anteil der Shona-sprechenden Gruppen in ZAPU wurde auf 10–25 % geschätzt, davon die Mehrzahl Zezurus. Dagegen kamen die meisten ZANU-Guerillas aus den Shona-sprechenden Ethnien, die ca. 77 % der Gesamtbevölkerung repräsentieren; etwa die Hälfte davon waren Manyikas oder Zezurus, die meisten anderen Karanga, Ndebele gab es nur wenige.

59 Zitiert in: Legum, Colin, *Southern Africa: The Year of the Whirlwind*, London 1977, p. 23.

60 Vgl. hierzu: Rotberg, Robert J., *Towards a certain future. The politics and economics of southern Africa*. Cape Town 1981, pp. 262. Nkomo hatte ZAPU am 17. 12. 1961 gegründet; Mugabe war »publicity secretary« von ZAPU. Er hatte im Juli 1963 zusammen mit N. Sithole Nkomo abgesetzt (der seinerseits die »Rebellen« suspendierte); am 8. 8. 1963 hatten R. Mugabe und N. Sithole daraufhin die ZANU gegründet. Vgl. Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., pp. 135.

61 Vgl. Sithole, Masipula *Ethnicity and Factionalism in Zimbabwe. Nationalist Politics 1957–1979*, in: *Ethnic and Racial Studies*, Vol. 3, No. 1, Jan. 1980, p. 21. Die Verteilung der Ethnien ist folgendermaßen: Shona-sprechend: 77 % der schwarzen Bevölkerung (davon: Karanga 22 %, Zezuru 18 %, Manyika 13 %); Nguni-sprechend: 19 % der schwarzen Bevölkerung (davon: Ndebele 14 % und Kalanga 5 %). In der ZAPU waren Kalanga, besonders im Exekutivkomitee, überrepräsentiert. In der ZANU dominierten die Manyika und die Zezuru in den unteren Ebenen, in der Führungsspitze wuchs der Einfluß der Karanga. Mugabes Vater war Karanga, er wurde aber im Zezuru-Gebiet geboren.

geführt, ZANU als breitere Massenorganisation, die sich nach chinesischer Revolutionspolitik des politischen Rückhalts der ländlichen Bevölkerung versicherte. Nimmt man noch die unterschiedlichen Operationsgebiete und die ungleiche Lastenverteilung während des Krieges – ZANU trug den Hauptanteil – hinzu, so ist erstaunlich, daß es der Patriotischen Front überhaupt gelang, eine gemeinsame Position in den Verhandlungen durchzuhalten. In der Ablehnung der Muzorewa/Smith-Regierung ge-eint, verhandelte man, teilweise widerstrebend und auf Druck der Frontlinien-Staaten, mit den Briten – denen man eine ›Ausverkaufspolitik‹ an die interne Regierung zutraute – und führte gleichzeitig den bewaffneten Kampf verstärkt fort.

### 3.8 Die Politik der ›internen‹ Koalition: Defensive Notgemeinschaft

Die seltsamste Allianz im Prozeß der Unabhängigkeit Zimbabwes bildeten der frühere Ministerpräsident der weißen ›Rebellen‹-Regierung Ian Smith mit seiner Rhodesischen Front und die gemäßigten schwarzen Parteien UANC, ZANU(S) und UNFP. Die vier internen Parteien hatten außer ihrer Ablehnung der Patriotischen Front wenig gemeinsam. Ian Smith hatte den populistischen Kreuzzug der weißen Siedler gegen Großbritannien angeführt, der in die einseitige Unabhängigkeitserklärung (UDI) von 1965 mündete. Erklärte Absicht von Smith war es, eine weiße Minderheits-herrschaft »für alle Zeit«<sup>62</sup> zu errichten. Nach Lage der Dinge bedeutete dies, trotz einer Opposition von 15 bis 20 % im weißen Elektorat,<sup>63</sup> die Herrschaft von Smiths Rhodesischer Front auf Dauer (sie gewann stets sämtliche Sitze in den weißen Wahlen von 1965 bis 1977).

Smith war dogmatischer Verfechter eines – im besten Falle ›modernisierten‹ – weißen Herrschaftsmonopols. Noch nach den internen Wahlen von 1979 auf seinen berühmt-berühmten Ausspruch über eine schwarze Mehrheitsregierung (»never in a thousand years«<sup>64</sup>) angesprochen, beharrte I. Smith auf seiner Opposition zur ›black majority rule‹; ohne allerdings ein eigenes Konzept für die Lösung der rhodesischen Probleme vorlegen zu können, möglicherweise weil er sie gar nicht sah.

Auch sein Abkommen mit den internen schwarzen Parteien war erst nach der Erkenntnis – und unter massivem Druck Südafrikas – zustande gekommen, daß die Weißen sich in einer ›no-win‹-Situation befanden: »I did not willingly do what I am doing now. I do this, because we have no alternative.«<sup>65</sup> Ian Smith hoffte als Graue Eminenz die Politik

62 So die Verfassung der ›Republik‹ Rhodesien von 1969. Zit. in: The Economist Intelligence Unit. Zimbabwe's First Five Years, EIU-Special Report No. 111, London 1981, p. 7.

63 Der Konflikt in Rhodesien wird häufig als Konflikt ›weiß‹ gegen ›schwarz‹ interpretiert. Dieser Ansatz ist zu simpel, da er die beträchtliche Minderheit von Weißen ignoriert, die sich – teilweise um die katholische Kommission für Gerechtigkeit und Frieden gruppiert – für Gleichheit und eine Mehrheits-herrschaft einsetzte. Vgl. hierzu im einzelnen Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., pp. 152.

64 The Herald, Salisbury, 1. 6. 1979. »The result was that he was permanently on the defensive, reacting to events and pressures beyond his control«. Vgl. Martin, David; Johnson, Phyllis, The Struggle for Zimbabwe . . . , a.a.O., p. 98.

65 Am 11. 1. 1979, zit. in: Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., p. 158.

auch einer schwarzen, gemäßigten Regierung kontrollieren, mindestens beeinflussen zu können. Der starke Mann der rhodesischen Politik erlebte sein Waterloo in der Lancaster-Haus-Konferenz. Es gelang ihm in keiner Phase, den Lauf der Verhandlungen entscheidend zu beeinflussen.

Demgegenüber erwies sich Abel Muzorewa, Bischof der Vereinigten Methodisten-Kirche und Führer des UANC, als zäher Verhandlungspartner. Muzorewa war Präsident des ANC – 1974–75 kurzfristig die Dachorganisation aller Befreiungsbewegungen – gewesen und hatte zunächst den Befreiungskampf<sup>66</sup> von Zambia und Tanzania aus geführt (als Nkomo innerhalb Rhodesiens war), sich dann aber, mit dem 1977 gegründeten UANC an der internen Lösung beteiligt – u. a., weil die Anerkennung der Patriotischen Front durch die OAU ihm keine Alternative ließ. Muzorewas Ziel war die Etablierung einer schwarzen Mehrheitsregierung in einer nicht-rassischen, demokratischen Gesellschaft mit friedlichen Mitteln. Der UANC hatte, bevor die ZANU Mugabes kandidierte, seinen Rückhalt in der Shona-sprechenden Bevölkerung und bei städtischen Schwarzen, die sein gemäßigtes, pro-marktwirtschaftliches Programm ansprach.

Muzorewa versuchte auf verschiedenen Good Will-Touren, die diplomatische Anerkennung seiner internen Regierung, die Aufhebung der Sanktionen und den Ausschluß der Patriotischen Front von jeder Lösung zu erreichen.

Alle drei Vorhaben mißlangen. Sein Rückgriff auf den weißen Sicherheitsapparat, die Unterstützung durch Südafrikas Apartheid-Regime und durch internationale Rohstoff-Konzerne diskreditierten ihn unter der schwarzen Bevölkerung. Nach dem Erdbeben-Sieg Robert Mugabes im Februar 1980 wurde Muzorewa (vorerst?) zur politischen Bedeutungslosigkeit verurteilt.

#### **4. Die letzte Phase der Dekolonisation: bewaffneter Kampf und internationale Verhandlungen**

##### **4.1 Die Commonwealth-Konferenz von Lusaka**

Im Laufe der ersten Jahreshälfte 1979 zeigte sich, daß die 'interne' Lösung nicht mehr sein konnte als ein Provisorium ohne Legitimation. Die Ergebnisse der April-Wahlen 1979 wurden vom UN-Sicherheitsrat einstimmig abgelehnt (die USA, Großbritannien und Frankreich enthielten sich der Stimme) und Zimbabwe/Rhodesien blieb die völkerrechtliche Anerkennung versagt. Die Patriotische Front reagierte auf die Etablierung einer internen Regierung mit einer weiteren Intensivierung des Guerilla-Krieges; die OAU, die Frontlinien-Staaten und Nigeria warnten am 2. Juni 1979 Großbritannien, die

66 Cary, Robert; Mitchell, Diana, African National Leaders in Rhodesia. Who is Who. Bulawayo 1977, pp. 235.



Anerkennung der Muzorewa/Smith-Regierung würde die britischen Beziehungen zu Schwarzafrika »ernsthaft gefährden«.<sup>67</sup>

Die skizzierten Entwicklungen hatten nachhaltigen Einfluß auf die anglo-amerikanische Politik. Trotz massiven Drucks der Republikaner verzichtete US-Präsident Jimmy Carter auf eine Anerkennung der internen Regierung. Margaret Thatcher erklärte überraschend, sie habe sich entschlossen, die britischen Optionen bis nach der Commonwealth-Konferenz vom 1. bis 7. August 1979 in Lusaka offenzuhalten.<sup>68</sup>

Die Konferenz sollte erstens Lösungsvorschläge entwickeln, die von der Weltöffentlichkeit, insbesondere von den schwarzafrikanischen Staaten akzeptiert werden konnten und zweitens die direkt betroffenen Parteien, d. h. die Muzorewa/Smith-Regierung und die Patriotische Front, ohne größeren Gesichtsverlust dazu bringen, einer internationalen Konferenz über diese Vorschläge zuzustimmen.

Ein Scheitern der Konferenz – so die Analytiker im britischen Foreign Office – käme einer Einladung an die Sowjetunion und an Kuba gleich, sich (mit Unterstützung der Staaten Schwarzafrikas) noch stärker militärisch auf Seiten der Patriotischen Front zu engagieren.

Dem Vorsitzenden der Frontlinien-Staaten, dem tanzanischen Präsidenten Julius Nyerere fiel die Rolle zu, Margaret Thatcher eine Brücke zu bauen. Er lobte die interne Lösung als wichtigen Fortschritt, da in ihr erstmals das Mehrheitsprinzip akzeptiert worden sei. Nun käme es darauf an, eine demokratische Verfassung für Zimbabwe zu entwickeln, die nicht die tatsächliche Macht in den Händen der weißen Minderheit belasse, freie Wahlen unter internationaler Überwachung durchzuführen und Verhandlungen unter Beteiligung aller Parteien abzuhalten. Diese Bedingungen seien unverzichtbar, wenn der Krieg schnell und durch andere als militärische Mittel beendet werden solle –, eine versteckte Drohung, die durch die überraschende Versicherung Nyereres abgeschwächt wurde, er wolle die Garantie von Parlamentssitzen für (weiße) Minderheiten, auch eine Überrepräsentation nicht ausschließen.

Margaret Thatcher räumte ein, die interne Verfassung habe tatsächlich Mängel und es sei Großbritanniens Verantwortung, Rhodesien in eine Unabhängigkeit zu führen, die das Commonwealth und die gesamte internationale Gemeinschaft akzeptieren könnten – die weitestgehende Formulierung, die bis dahin von britischer Seite gebraucht worden war. Dazu sei es notwendig, die »externen Parteien« einzubeziehen. (Noch zwei Monate zuvor hatte sie von »terrorists«<sup>69</sup> gesprochen).

Damit war der Weg frei für eine Kompromißlösung.

Am 7. August 1979 stimmte die Commonwealth-Konferenz u. a. folgenden Vorschlägen zu: Einer echten Mehrheitsregierung im Rahmen einer demokratischen Verfassung, die auch »angemessenen« Schutz für Minderheiten enthalten müsse; freien und fairen Wah-

67 Keesing's Contemporary Archives, 10. 8. 1979, p. 29761.

68 Vgl. hierzu und zum folgenden: ACR 1979/80, pp. A6.

69 Martin, David; Johnson, Phyllis, *The Struggle for Zimbabwe . . .*, a.a.O., p. 312.

len unter Aufsicht der britischen Regierung und mit Commonwealth-Beobachtern, der Einbeziehung aller Parteien in eine Konfliktlösung.

Bischof Muzorewa reagierte auf die Commonwealth-Vorschläge positiv, hielt aber baldige Neuwahlen für eine Beleidigung des Elektorats. Die ZANU begrüßte die Forderung nach neuen Wahlen, bedauerte aber die Aufnahme »rassistischer Elemente und rassistischer Privilegien«<sup>70</sup> – womit sie auf die Garantie von Minderheitenrechten anspielte.

Alles in allem war die Reaktion aller Beteiligten jedoch nicht so negativ, daß sie Verhandlungen überhaupt ausschlossen –, ein Umstand, der nicht zuletzt auf die Eskalation des Bürgerkrieges zurückzuführen war.

## 4.2 Wirtschaftskrise und Bürgerkrieg

Mit wachsender Zahl besser ausgebildeter und ausgerüsteter Guerilla-Kämpfer hatte sich der Krieg seit 1978/79 ständig intensiviert.<sup>71</sup> Die Patriotische Front verfügte in der zweiten Jahreshälfte 1979 über 60 000 bis 65 000 Guerillas, davon 35 000 bis 40 000 ZANLA-Kämpfer. 15 000 bis 17 000 Guerillas – unter ihnen 11 000 ZANLA-Kämpfer – operierten in Zimbabwe/Rhodesien, der Rest überwiegend von Basen in Mozambique (ZANLA), Zambia und Angola (ZAPU bzw. ZIPRA).

Innen standen etwa 100 000 rhodesische Sicherheitskräfte gegenüber, die 1 000 bis 3 000 weißen Söldner und die 10 000 Hilfskräfte (»auxiliary forces«) Muzorewas und Sitholes ausgeschlossen. Etwa achtzig Prozent der regulären Streitkräfte und mehr als zwei Drittel der Polizeieinheiten bestanden aus Schwarzen, zu fünfundachtzig Prozent aus der Shona-sprechenden Bevölkerung.

Ziel der Guerillas – insbesondere der ZANLA – war es, in die schwarzen Tribal Trust Lands einzusickern und – gestützt auf die ländlichen Bevölkerungsmassen<sup>72</sup> – die (weißen) Städte vom (schwarzen) Hinterland zu isolieren. Gleichzeitig begann man in sogenannten befreiten Gebieten eine eigene Administration aufzubauen. Unter Vermeidung direkter Kampfberührung sollte der weiße Sicherheitsapparat durch gezielte Überfälle auf staatliche Einrichtungen, Farmen und Missionsstationen systematisch überdehnt und die Kosten-Nutzen-Effektivität von Counter-Insurgency-Maßnahmen drastisch herabgesetzt werden. Ziel dieser Taktik war nicht der militärische Sieg. Vielmehr wollte man die weiße Bevölkerung in eine ausweglose »no-win«-Situation zwingen.

Die rhodesischen Streitkräfte antworteten auf die Guerilla-Taktik mit einer Doppelstrategie:

70 Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., p. 105.

71 Vgl. hierzu und zum folgenden: Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., pp. 157.

72 Eine Taktik, die – wie katholische Augenzeugen berichtet haben – die »Terrorisierung« dieser Bevölkerung ausschloß. Vgl. Evangelisches Missionswerk (Hrsg.), Simbabwe – Geschichte, Kirche, Politik, Hamburg 1979, S. 50 ff.

- Mit Mitteln der psychologischen Kriegsführung versuchte man, die »hearts and minds«<sup>73</sup> der »guten« schwarzen Bevölkerung zu gewinnen und die kommunistischen »terrs« (militärischer Jargon für Terroristen) zu isolieren, um sie effektiver bekämpfen zu können;
- militärische Präventiv- und Vergeltungsaktionen auch auf Lager in Zambia, Mozambique, Botswana und Angola sollten – mit südafrikanischer Unterstützung – Guerilla-Basen zerstören, die Logistik unterbrechen, »Terroristen« ausschalten und das Einsickern der Guerillas nach Zimbabwe/Rhodesien erschweren.

Da die psychologische Kriegsführung – nach späterem Eingeständnis rhodesischer Intelligence-Offiziere – sich als totaler Fehlschlag erwies<sup>74</sup> (der schwarzen Bevölkerung war nur schwer klarzumachen, warum der weiße Sicherheitsapparat die Interessen der Schwarzen vertrat), eskalierten Gewalt und Gegen-Gewalt in bislang ungekanntem Ausmaß.

Das Kriegerrecht, am 23. 9. 1978 in Teilen des Landes eingeführt, erstreckte sich Ende November 1978 bereits auf fünfundsiebzig Prozent des Landes, wurde am 12. Januar 1979 auf neunzig Prozent ausgedehnt und umfaßte ab 3. September 1979 (unter der Muzorewa/Smith-Regierung) praktisch das gesamte Land.

Der Militärdienst wurde schrittweise verlängert und auf alle Teile und Altersgruppen der Bevölkerung ausgedehnt. Bis 1976 umfaßte er weiße Männer zwischen 18 und 25 Jahren, ab Januar 1977 auch die Gruppe zwischen 25 und 38 Jahren; ab Februar 1977 bereits die Gruppe von 38 bis 50 Jahren, wobei jetzt schon Asiaten und Farbige einberufen wurden; im Dezember 1978 berief man erstmals 1 500 Schwarze ein (nur 250 antworteten). Ab Januar 1979 wurde das »letzte Aufgebot« der Weißen zwischen 51 und 59 Jahren zum Militärdienst eingezogen.

In dem Versuch, die Guerillas zu isolieren, wurden »no-go-areas« in Grenznähe geschaffen, in denen jeder Schwarze ohne Warnung erschossen werden konnte; Ausgangssperren bis zu 22 Stunden täglich erlassen und mehr als 200 sogenannte Schutzdörfer (»protected« und »consolidated« villages) errichtet, in die mehr als 500 000 Schwarze zwangsumgesiedelt wurden. Um die Bevölkerung für die Unterstützung von Guerillas zu bestrafen, wurden Erntebestände verbrannt, Vieh konfisziert und Zwangsarbeit eingeführt.

Die ländliche Bevölkerung litt unter den Gewaltaktionen, Folterungen<sup>75</sup> und Drangsalierungen beider Seiten, die dadurch gerechtfertigt wurden, jeweils der anderen Seite geholfen zu haben. Im Frühjahr 1979 stieg die monatliche Tötungsrate (»kill-rate«) auf mehr als 1 000 an, meist Schwarze.

73 ACR 1977/78, p. B1041.

74 Vgl. Martin, David; Johnson, Phyllis, *The Struggle for Zimbabwe* . . . , a.a.O., p. 310.

75 Vgl. die Veröffentlichungen der rhodesischen Kommission *Justitia et Pax*, Rhodesien: Menschen zwischen den Fronten, Bonn 1975; *Civil War in Rhodesia*, Salisbury 1976; *Rhodesien – Der Propagandakrieg*, Bonn 1977.

Die Verteidigungsausgaben stiegen von 95,6 Mio. Zimbabwe-Dollar (1975/76) auf 402 Mio. Zimbabwe-Dollar im Budget 1979/80, das von Finanzminister David Smith offen als ›Kriegsbudget‹ deklariert wurde, da 37 Prozent direkt für »security efforts«<sup>76</sup> angesetzt waren.

Die wachsende Kriegslast dokumentierte sich auch im chronischen Mangel an weißen Arbeitskräften (durch Einberufungen und die ansteigende Emigration – in den ersten Monaten 1979 allein 14 145 Menschen), in steigender Arbeitslosigkeit unter der schwarzen Bevölkerung und einer Devisenverknappung. Auslandsinvestitionen blieben aus und die Zahl ausländischer Touristen sank dramatisch. Ian Smith erklärte Anfang 1979, daß der Krieg nicht mehr zu gewinnen sei und daß daher eine Alternative zu Verhandlungen nicht mehr existiere –, eine Auffassung, die auch von den Frontlinien-Staaten und der Patriotischen Front zunehmend geteilt wurde.

Die rhodesisch-südafrikanischen Luft-›raids‹ – in den ersten drei Monaten des Jahres 1979 allein 16 – hatten Zambias Transportrouten mit dem südlichen Afrika zerstört und auch der mozambiquanischen Wirtschaft schwere Schäden zugefügt. Außerdem hatte die Eskalation des Krieges inzwischen ein Stadium erreicht, in dem die Patriotische Front zu seiner Fortsetzung schwere Waffen – vor allem Artillerie und Luftabwehr-Systeme – benötigte, die, da Moskau sich weigerte, von der FRELIMO-Regierung in Maputo nicht in ausreichenden Mengen an die ZANLA geliefert werden konnten.<sup>77</sup> Als schließlich der Bürgerkrieg mit dem Waffenstillstand am 28. 12. 1979 endete, zählte man seit Dezember 1972 19 898 Tote;<sup>78</sup> Opfer aus den grenzüberschreitenden Luft-Attacken ausgenommen. Darunter befanden sich 1 124 Mitglieder der rhodesischen Sicherheitskräfte und 500 weiße Zivilisten. Auch in dieser Hinsicht hatte die schwarze Bevölkerung die Hauptlast des Krieges getragen. Mehr als 10 000 Menschen wurden verstümmelt. Die Zahl der Flüchtlinge in Nachbarländer wurde auf 150 000 geschätzt, darunter 42 000 Waisenkinder. Innerhalb Zimbabwes waren es 530 000 Menschen, die sich in die Nähe der städtischen Zentren um Salisbury, Bulawayo und Umtali geflüchtet hatten. Weite Teile des Landes waren nicht bestellt; Infrastruktureinrichtungen zerstört und unbenutzbar, davon mehr als 50 der 100 Missionshospitäler.

#### **4.3 Die Lancaster-Haus Konferenz**

Die Lancaster-Haus Konferenz begann am 10. September 1979 und endete am 15. Dezember. Am 21. Dezember unterzeichneten die Delegationsleiter ein Waffenstillstandsabkommen, das den siebenjährigen Guerilla-Krieg in Zimbabwe/Rhodesien beendete.

76 ACR 1979/80, p. B965.

77 Vgl. Martin, David; Johnson, Phyllis, *The Struggle for Zimbabwe* . . ., a.a.O., p. 317.

78 Ebda., p. 309 und *The Report of the Joint Committee* . . ., a.a.O., p. 168, die bis zum 4. 11. 1979 – gestützt auf rhodesische Quellen – 18 783 Tote angeben. Dort auch die folgenden Zahlen.

Neun Tage zuvor war die »illegale« Herrschaft der internen Regierung beendet und Großbritannien wieder zur Kolonialmacht in Süd-Rhodesien erklärt worden.<sup>79</sup>

Erleichtert wurde der Konferenzserfolg paradoxerweise durch das abgrundtiefe Mißtrauen, das zwischen (und teilweise auch innerhalb) den einzelnen Delegationen existierte und durch die ungebrochene Zuversicht aller Beteiligten, freie Wahlen zu gewinnen. Dieser Umstand eröffnete Lord Carrington die Chance, den Verlauf der Verhandlungen zu bestimmen, zumal niemand es sich leisten konnte, für ihr Scheitern verantwortlich gemacht zu werden.

Als Druckmittel benutzte der britische Außenminister sein »Zwei-Preise«-Konzept. Der »erste Preis« sei ein Abkommen, dem alle Parteien zustimmten. Wenn dies mißlänge, sei der »zweite Preis« ein Abkommen ohne die Patriotische Front; eine Alternative, die objektiv gesehen wohl nicht existierte.

Am 12. 9. 1979 legte die britische Delegation einen Verfassungsentwurf vor, der nach dem Westminster-Modell einen starken Premierminister und ein Zwei-Kammer-System vorsah, eine (unspezifizierte) Repräsentation der weißen Minderheit im Parlament sowie einen Minderheitenschutz gegen Verfassungsänderungen bzw. gegen Landenteignung. Bischof Muzorewas Delegation akzeptierte diesen Entwurf (gegen die Stimme Ian Smiths) »im Prinzip«, da er nicht sehr weit von der internen Verfassung von 1979 entfernt war.

Die Patriotische Front dagegen konterte mit einem Gegenmodell, das ein Präsidialsystem auf »one-man one-vote«-Basis ohne Minderheitenschutz vorsah.

Am 24. September geschah ein entscheidender Durchbruch, als die Patriotische Front weiterreichende Konzessionen machte und einer 20-prozentigen (Über-)Repräsentation von Weißen in der Nationalen Versammlung zustimmte. Ein revidierter britischer Verfassungsentwurf gab dann beiden Parteien etwas: Muzorewa/Smith Kompensationen für Enteignungen, eine Festlegung spezieller Minderheitenrechte für einen Zeitraum von zehn Jahren und eine festgeschriebene Repräsentation von Weißen für 7 Jahre im Parlament (20 von 100 Sitzen); der Patriotischen Front die Zusicherung, daß ein weißes Veto gegen Verfassungsänderungen nicht möglich sei.

Nach – allerdings unverbindlicher – Zusage der USA, sich an einem multinationalen Kompensationsfonds für Landkäufe zu beteiligen (der alte Kissinger-Plan von 1976), stimmte die Patriotische Front endgültig zu. Während der Übergangszeit sollte ein britischer Gouverneur als »Diktator auf Zeit« die legislative und exekutive Gewalt sowie die Kontrolle der Sicherheitskräfte übernehmen und freie Wahlen unter Teilnahme von Commonwealth-Beobachtern abhalten.

79 Die Veröffentlichungen über die Lancaster-Haus Konferenz sind inzwischen Legion. Die folgenden Ausführungen basieren auf: Legum, Colin, Southern Africa. The Road to and from Lancaster House, in: Legum, Colin (ed.), Africa Contemporary Record 1979/80, pp. A3; Report of the Joint Committee . . . , a.a.O., pp. 106 und Martin, David; Johnson, Phyllis, The Struggle for Zimbabwe . . . , a.a.O., pp. 318.

Ein 1 350 Mann starkes Truppenkontingent aus Commonwealth-Ländern<sup>80</sup> war zur Überwachung des Waffenstillstands vorgesehen.

Am 28. 12. 1979 um 24 Uhr endeten alle Feindseligkeiten in Zimbabwe/Rhodesien. Das Disengagement der Streitkräfte begann.

Entscheidenden Anteil am Zustandekommen des Lancaster-Haus Abkommens hatten die Frontlinien-Staaten und einige Commonwealth-Länder, die auf Großbritannien und die Patriotische Front Druck ausübten, einer Verhandlungslösung zuzustimmen (als Mugabe in einer kritischen Phase forderte, der Kampf müsse weitergehen, reagierte Mozambique's Präsident Samora Machel mit dem nüchternen Hinweis, daß es keinen Kampf geben werde, der weitergehen müsse).<sup>81</sup> Langfristig schien am Lancaster-Haus-Abkommen vor allem zweierlei problematisch:

- Die Überrepräsentation der weißen Minderheit im Parlament und die besonderen Sicherheiten für den Civil Service und das Offizierskorps des ›ancien régime‹ in der Verfassung sowie
- die Schaffung eines Westminster-Demokratie-Modells für den jungen Staat (statt eines von der Patriotischen Front geforderten Präsidialsystems), das – Indien ausgenommen – in keinem Land der Dritten Welt je richtig funktioniert hat.

»In other words, the Lancaster-House-Constitution should be looked at as a means of transferring power, not as a viable system of government for the new Zimbabwe society.«<sup>82</sup>

#### 4.4 Die Wahlen von Februar 1980

Der britische Gouverneur Lord Soames nahm am 12. Dezember 1979 seine Amtsgeschäfte in der Kronkolonie Süd-Rhodesien auf. Am 21. Dezember wurden der Bann der Patriotischen Front aufgehoben und die Sanktionen auf Empfehlung des UN-Sicherheitsrats beendet.

Soames, weitgehend vom rhodesischen Sicherheitsapparat abhängig und mit deutlichen Anti-Mugabe-Vorurteilen belastet,<sup>83</sup> verfügte über wenig Afrika-Erfahrungen (möglicherweise eine Voraussetzung für seinen Erfolg).

Die innenpolitische Situation war im Frühjahr 1980 äußerst gespannt.<sup>84</sup> Die berüchtig-

80 1050 Mann aus Großbritannien, 150 aus Australien und kleinere Kontingente aus Neuseeland, Kenia und Fidschi.

81 Vgl. ACR 1979/80, p. A14.

Machel drohte, seine Unterstützung für R. Mugabes Guerillas zurückzuziehen. Zur Bewunderung S. Machels für die ›iron lady‹ M. Thatcher: »Mozambique President Samora Machel (had a) curious ›love affair‹ with British Prime Minister Margaret Thatcher«. Anglin, Douglas G., Zimbabwe: retrospect and prospect, in: International Journal, Vol. XXXV, No. 4, 1980, p. 675.

82 ACR 1979/80, p. A18.

83 Vgl. ACR 1979/80, p. A21.

84 Vgl. hierzu: Art. Zimbabwe, in: Africa South of the Sahara, 1981/82 London 1981, p. 1202. 1980 wurde von drei weiteren Umsturz- bzw. Destabilisierungsplänen berichtet: Die Operation Quartz sah eine Machtübernahme durch Nkomo, Muzorewa und Smith bei Vernichtung der ZANLA-Guerillas in den Sammelplätzen

ten rhodesischen Selous Scouts waren in Bombenattentate gegen die ZANU verwickelt; Einschüchterungsversuche und Gewaltakte häuften sich. Darüberhinaus kursierten Gerüchte über einen weißen ›Coup d'Etat‹ oder eine militärische Intervention Südafrikas. Eine südafrikanische Armeeinheit blieb – zunächst ohne Wissen von Lord Soames – auf der rhodesischen Seite von Beit Bridge stationiert; Mugabe und vor allem Nkomo hielten einen Teil der bewaffneten Guerillas zurück, der andere Teil fand sich nur langsam an den Sammelplätzen ein.

Die ZANU unter R. Mugabe entschloß sich nach internen Kontroversen als ZANU (PF) getrennt von Nkomos ZAPU (die jetzt nur noch unter Patriotischer Front (PF) firmierte)<sup>85</sup> für die Wahl zu kandidieren, bot aber Nkomo auch für den Fall einer absoluten Mehrheit eine Koalitionsregierung an. Größter Widersacher war Bischof Muzorewa UANC, der mit ideeller und materieller Unterstützung Südafrikas (etwa 6 Mio. US Dollar) und von Teilen der weißen ›business community‹ gegen die »marxist puppets Nkomo and Mugabe«<sup>86</sup> antrat.

Die ZANU (PF) und die neue PF (ehemals ZAPU) erhielten jeweils 2 Mio. Dollar von Schweden (in Sachleistungen) und 1,5 Mio. Dollar von Nigeria; weitere Gelder kamen von den Frontlinien-Staaten, der OAU, einigen sozialistischen Ländern und dem Lonrho-Konzern.<sup>87</sup> Am 14. Februar 1980 fanden die ›weißen‹ Wahlen statt. Ian Smiths Rhodesische Front gewann alle 20 Parlamentssitze, davon 14 ohne Gegenkandidat.

Die allgemeinen Wahlen fanden vom 26. bis 29. Februar in Gegenwart zahlreicher internationaler Beobachtergruppen statt. Die Wahlbeteiligung lag bei 93,7 %; Robert Mugabes ZANU (PF) errang einen Erdrutschsieg. Sie konnte knapp 63 % der gültigen Stimmen und 57 der 80 Parlamentssitze auf sich vereinigen. Im Durchschnitt entfiel ein Parlamentssitz auf je 36 000 schwarze Wähler, im Vergleich zu einem Parlamentssitz je 11 000 weiße Wähler.

Nkomos PF erreichte enttäuschende 24,1 % (20 Sitze) und der UANC von Bischof Muzorewa erlitt mit 8,3 % (3 Sitze) eine vernichtende Wahlniederlage<sup>88</sup> (in den internen Wahlen vom April 1979 hatte er noch 67,3 % (51 Sitze) vor allem in Mashonaland erreicht).

vor, sie scheiterte, weil Nkomo nicht mitmachte; die Ermordung von Kabinettsmitgliedern am Tag der Unabhängigkeit sowie die Ausbildung von 5000 zimbabwischen Dissidenten, vor allem Selous Scouts und Mitgliedern von Muzorewas Hilfstruppe in Südafrika für Subversionszwecke. Vgl. Anglin, Douglas G., *Zimbabwe: retrospect and prospect* . . . , a.a.O., pp. 677.

85 Die Entscheidung der ZANU fiel so spät, daß die ZAPU fast den Meldetermin vom 31. 12. 1979 verpaßt hätte. Vgl. *Report of the Joint Committee* . . . , a.a.O., pp. 124.

86 *ACR 1979/80*, p. B975.

Außerdem kandidierten noch sechs weitere Parteien; die Zimbabwe African National Union (ZANU; Führer: N. Sithole); die United National Federal Party (UNFP; Führer: K. Ndiweni); die National Democratic Union (NDU; Führer: Chihota); die Zimbabwe Democratic Party (ZDP; Führer: J. Chikerema); die National Front of Zimbabwe (NFZ; Führer: T. Mandaza); die United People's Alliance of Matabeleland (UPAM; Führer: F. Bertrand).

87 Vgl. Anglin, Douglas G., *Zimbabwe: retrospect and prospect* . . . a.a.O., p. 680.

88 Zu einer differenzierteren Analyse vgl. Braun, Gerald, *Simbabwe – Von der weißen Rebellenkolonie zum schwarzafrikanischen Nationalstaat*, in: Wagner, Wolfgang u. a., *Die Internationale Politik 1979/80*, Jahrbücher der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik, München-Wien 1983.

Bei der Stimmabgabe spielten ethnisch-regionale Faktoren eine erhebliche Rolle. So gewann die PF bis auf einen alle Sitze in Matabeleland; Mugabes ZANU (PF) errang 56 der insgesamt 64 Sitze in Mashonaland und hatte die Shona-Ethnien fast geschlossen hinter sich.

Vor der Weltöffentlichkeit legitimiert wurde das Wahlergebnis nicht zuletzt durch die Commonwealth-Beobachtergruppe: »Wir bekräftigen [einstimmig] die Schlußfolgerungen unseres Zwischenberichts [der vor Bekanntgabe des Wahlergebnisses veröffentlicht worden war], daß die Wahlen ein gültiger und demokratischer Ausdruck der Wünsche des zimbabwischen Volkes waren.«<sup>89</sup>

Schwarzafrika, auch die schwarze Bevölkerung Südafrikas und Namibias, reagierte auf den Wahlsieg Mugabes enthusiastisch; die USA sprachen sich für eine gute Zusammenarbeit mit der neuen Regierung aus (und schlossen am Tage der Unabhängigkeit einen Vertrag über Auslandshilfe), und die UdSSR versicherte, daß sie »immer auf der Seite des zimbabwischen Volkes gegen die Imperialisten und Rassisten stehen werde.«<sup>90</sup>

In der weißen Bevölkerung Südafrikas löste der Wahlsieg Robert Mugabes einen Schock aus. Die südafrikanische Regierung drohte »that SA would »wipe out« any guerilla bases found in Zimbabwe«.<sup>91</sup>

#### **4.5 Zimbabwes Unabhängigkeit: Befreiungsbewegungen an der Macht**

Die Republik Zimbabwe wurde am 7. April 1980 unabhängig.<sup>92</sup> Bei der Unabhängigkeitsfeier waren auch die afrikanischen Befreiungsbewegungen SWAPO, ANC und PAC vertreten. Ian Smith war abwesend (in Südafrika). Die DDR, Polen, Ungarn, die CSSR und Südafrika hatte man nicht eingeladen.

Der neue Premierminister Robert Mugabe übernahm Regierungsverantwortung in einem teilweise zerstörten Land mit konstitutionell festgeschriebenen Privilegien für die weiße Minderheit.

Die ersten innenpolitischen Maßnahmen der neuen Regierung waren zur Überraschung ihrer Kritiker bemerkenswert pragmatisch und konzilient.

Um Stabilität und Vertrauen zu schaffen, wurde die Notwendigkeit einer Politik der Versöhnung in einer multirassischen Gesellschaft betont. Mugabe nahm zwei Weiße – darunter einen Abgeordneten von Ian Smiths Rhodesischer Front<sup>93</sup> – in sein Kabinett auf und ernannte Generalleutnant Peter Walls,<sup>94</sup> den ehemaligen Kommandeur der

89 Commonwealth Observer Group, Southern Rhodesian Elections (Febr. 1980) Commonwealth Secretariat, London 8. 3. 1980, p. 31.

90 So das Glückwunschtelegramm von Präsident Breschnew. Vgl. auch ARB, Vol. 17, No. 4, May 15, 1980, p. 5641 (Political Social and Cultural Series).

91 ACR 1979/80, p. A23.

92 Vgl. ARB, Vol. 17, No. 4, May 15, 1980, p. 5640 (Political Social and Cultural Series).

93 Jetzt Republikanische Front.

94 Walls versuchte zu diesem Zeitpunkt, Margaret Thatcher zu einer Annullierung der Wahlen vom Februar 1980 zu bewegen. Vgl. ACR 1980/81, p. B926. Auch nach seiner Emigration nach Südafrika ist seine



rhodesischen Streitkräfte (!) zum Oberbefehlshaber der neuen Nationalarmee Zimbabwes.

Joshua Nkomo wurde als Juniorpartner mit drei weiteren ZAPU-Ministern in der Koalition Innenminister,<sup>95</sup> nachdem er das Amt des – politisch bedeutungslosen – Staatspräsidenten abgelehnt hatte. Um seine Selbständigkeit zu erhalten (und der von Mugabe angekündigten Bildung eines Ein-Parteien-Staates auf demokratischem Wege) zuvorzukommen, baute Nkomo seine Machtbasis in Matabeleland aus. In Salisbury kursierten in der zweiten Jahreshälfte 1980 Gerüchte – die sich im Frühjahr 1982 bewahrheiten sollten –, daß die ZAPU Waffenlager anlege und um Bulawayo Ländereien im großen Stil (mehr als 25 Farmen) aufkaufe,<sup>96</sup> Kontakte Nkomos zur südafrikanischen Armee,<sup>97</sup> zur radikalen weißen Opposition und zur Sowjetunion belasteten das ohnehin gespannte Verhältnis von ZANU und ZAPU weiter – zumal sich auch innerhalb der beiden Parteien Richtungskämpfe abspielten.

Zwischen ZANLA- und ZIPRA-Guerillas kam es immer wieder zu Feuergefechten,<sup>98</sup> die teilweise nur durch Interventionen früherer rhodesischer Eliteeinheiten, den African Rifles, beendet werden konnten.<sup>99</sup>

Die wirtschaftliche Hypothek der ›Siedlerkolonie‹ Rhodesien war drückend. Die Patriotic Front übernahm Verantwortung in einem Land mit dualistischer Wirtschaftsstruktur: Einem wirtschaftlich-technisch fortgeschrittenen ›modernen‹ Sektor unter Kontrolle der weißen Minderheit (und ausländischer Konzerne)<sup>100</sup> steht ein ›rückständiger‹, verarmter Subsistenzsektor für die schwarze Mehrheit gegenüber, auf die monetäre Wirtschaft funktional bezogen und von ihr abhängig.<sup>101</sup>

Beteiligung an verschiedenen Umsturzplänen und an der südafrikanischen Destabilisierungsstrategie umstritten, vgl. Anglin, Douglas G., Zimbabwe: retrospect and prospect . . . , a.a.O., p. 678.

95 Die schrittweise Entmachtung Nkomos dokumentiert sich in seiner Ernennung zum ›Minister ohne Portfeuille‹ im Januar 1981, seiner Entlassung im Februar 1982 nach den Waffenfunden auf ZAPU-Farmen und seinem Hausarrest im März 1983.

96 Vgl. hierzu: Schwere innenpolitische Krise in Simbabwe, in: NZZ vom 18. 2. 1982 und das Interview mit Mugabe: Why I dismissed Nkomo, in: Africa, No. 128, April 1982, pp. 16.

Sie reichten aus, um mehrere Armeebattalione auszurüsten und enthielten auch sowjetische AK-47 Sturmgewehre und SAM-7-Raketen. Nach Angaben von R. Mugabe sind diese Waffen noch nach der Unabhängigkeit aus Zambia gekommen. Vgl. Why I dismissed Nkomo, in: Africa . . . , a.a.O., p. 16.

97 Wahrscheinlich durch den emigrierten Generalleutnant a. D. Peter Walls vermittelt.

98 Vgl. hierzu im einzelnen: Baumhögger, Goswin, Ist Zimbabwes Stabilität bedroht? MS, Hamburg 1983, S. 11 ff.

99 Ab September 1982 sollte dann die Regierung Mugabe auf die zunehmende Bedrohung der inneren Sicherheit durch schwarze und weiße ›Dissidenten‹ sowie Agenten Südafrikas mit einer Verhaftungswelle reagieren, ›die unangenehm an die Praktiken der weißen Minderheitsregierung erinnert, auf deren Gesetze sie sich stützt‹. Bänziger, Andreas, Verunsicherung durch ›Nadelstiche‹, in: Frankfurter Rundschau vom 24. September 1982.

100 Über 70 % des volkswirtschaftlichen Kapitalstocks, 90 % des Kapitals im Minensektor, befinden sich im Besitz von 340 Auslandskonzernen; davon 230 britischen, 70 amerikanischen und 40 südafrikanischen Unternehmen. Vgl. The Economist Intelligence Unit, Zimbabwe's First Five Years . . . , a.a.O., p. 87.

101 ›Etwa 95 % des Sozialproduktes werden in dem von Weißen geleiteten modernen Sektor erwirtschaftet; nur 4 bis 5 % entfallen auf die Subsistenzproduktion‹. Halbach, Axel J., Wirtschaftliche und politische Trendwende in Zimbabwe, in: Halbach, Axel J., Entwicklungsprobleme im südlichen Afrika; IfO-Forschungsbericht 60, München-London 1982, S. 76.

Gesellschaftspolitisch war Mugabes größtes Problem, eine Krise der enttäuschten Erwartungen unter seinen Anhängern zu verhindern und gleichzeitig den Exodus der Weißen zu stoppen. Beides gelang nur partiell. Die ersten Reformmaßnahmen zum Abbau sozialer Ungleichheit im Bildungs-, Gesundheits- und Arbeitsmarktbereich riefen unter der weißen Bevölkerung teilweise feindselige Reaktionen hervor (mit 17 140 Personen erreichte der Exodus der weißen Bevölkerung 1980 eine Rekordhöhe); sie konnten unter der schwarzen Bevölkerung spontane Streiks nicht verhindern. Ordnungspolitisch bekannte sich die Regierung, ohne auf ihre sozialistische Reformziele zu verzichten, zur Koexistenz von staatlicher Entwicklungsplanung und privater Marktwirtschaft in einer ›mixed economy‹ –, ein Konzept, das Mugabe im Zentralkomitee der ZANU den Vorwurf einbrachte, die Revolution verraten zu haben. Gleichzeitig konvergierten die privaten (Auslands-)Investitionen aus Angst vor sozialistischer Umverteilung gegen Null.<sup>102</sup>

## 5. Die Integration Zimbabwes in das internationale System

### 5.1 Zwischen Blockfreiheit und Dependenz

Die rasche Integration Zimbabwes in die internationale Staatengemeinschaft begann mit seiner Aufnahme in die OAU und die Vereinten Nationen im April bzw. August 1980. Die neue Republik wurde Mitglied des Commonwealth und unterzeichnete die Lomé-Konvention.

Premierminister R. Mugabe bekannte sich zu einer dezidierten Politik des Non-alignment und sicherte der Blockfreien-Bewegung jede erdenkliche Unterstützung zu. Zimbabwe sei an einer friedlichen Koexistenz mit allen Staaten, auch mit Südafrika, interessiert, werde aber alles tun, um seine Unabhängigkeit zu bewahren.

Die Beziehungen zu den westlichen Industrienationen, allen voran Großbritannien und die USA, entwickelten sich – vorsichtig formuliert – nicht ungünstig. Die anglo-amerikanische Politik konzentrierte sich unter dem konservativen ›Tandem‹ M. Thatcher und R. Reagan auf den Versuch, Entwicklungs- und Militärhilfe als Instrument geostrategischen Neo-Containments einzusetzen. »In Zimbabwe dürfte sich entscheiden, ob der Vormarsch der Sowjets in Afrika gestoppt wird und der Westen wieder Freunde findet.«<sup>103</sup>

102 Ob die neuen Richtlinien der Regierung für Auslandsinvestitionen »Foreign Investment. Policy Guidelines and Procedures« vom September 1982 an dieser Sachlage grundsätzlich etwas ändern werden, sei dahingestellt. Die erste größere Auslandsinvestition – knapp zweieinhalb Jahre nach der Unabhängigkeit – wurde im September 1982 in einem Joint Venture-Abkommen zwischen der Heinz Corp. USA (51 % Aktienanteil) und der zimbabwischen Regierung (49 %) über 30 Mio. US-Dollar abgeschlossen. Vgl. Ländermitteilung Nr. 200/82 des DIHT vom 12. 11. 1982.

103 Braun, Joachim, Erfolg für den Westen, in: Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt vom 5. 4. 1981 (Kommentar zu ZIMCORD).

Die westlichen Hilfe-Zusagen – auf der Konferenz für Wiederaufbau und Entwicklung (ZIMCORD) im März 1981 – übertrafen denn auch die kühnsten Erwartungen selbst der zimbabwischen Seite. Großbritannien avancierte zum größten bilateralen Geber (123 Mio. Pfund), gefolgt von den USA (120 Mio.), Frankreich (49 Mio.) und der Bundesrepublik Deutschland (43 Mio.).<sup>104</sup> Großbritannien lieferte darüberhinaus Waffensysteme, logistisches Material und leistete militärische Ausbildungshilfe.<sup>105</sup>

Die Amtsübernahme durch die republikanische Regierung Reagan in den USA wurde – wie praktisch in ganz Schwarzafrika – mit deutlicher Distanz aufgenommen.<sup>106</sup> Allerdings stockte die Reagan-Administration die Hilfe-Zusagen der Carter-Regierung weiter auf. Damit wurde Zimbabwe zu einem der größten Empfänger von US-Auslandshilfe in Schwarzafrika.<sup>107</sup> Im April 1982 gab Assistenzstaatssekretär Chester Crocker bekannt, die Vereinigten Staaten würden erstmals Militärhilfe von 2 Mio. US-Dollar an Zimbabwe vergeben, »to support what Britain is doing there«<sup>108</sup>

Gegenüber der Sowjetunion blieb die Regierung Mugabe auf Distanz. Die ZANU war über die sowjetische Unterstützung von Nkomos ZAPU bzw. ZIPRA – auch noch nach der Unabhängigkeit – verärgert und befürchtete eine weitere sowjetische Aufrüstung der ZIPRA, vor allem in Sambia. Im Frühjahr 1981 wurden zwar offizielle Beziehungen aufgenommen, die UdSSR nahm aber an der ZIMCORD-Konferenz nicht teil (mit der Begründung sie bevorzuge »bilaterale Verhandlungen«<sup>109</sup>) und machte keine Hilfe-Zusagen.

Ausgesprochen freundschaftlich entwickelten sich die Beziehungen zu den »alten Waffenbrüdern«, der Volksrepublik China, die als einziges kommunistisches Land substantielle Entwicklungsbeiträge zusagte,<sup>110</sup> und zu Jugoslawien, das – ohne dominante wirtschaftliche und geostrategische Interessen – als idealer Partner betrachtet wird.

## 5.2 Regionale Gegen-Kooperation und südafrikanische Destabilisierungsstrategie

Zimbabwes Unabhängigkeit unter einer Regierung der Patriotischen Front markierte eine fundamentale Veränderung in der Mächtekonstellation des Subkontinents. Süda-

104 Ashford, Nicholas, The West hopes to reap rewards from generous aid to Zimbabwe, in: The Times 28. 3. 1981.

105 Am 23. 10. 1982 vergrößerte Großbritannien das British Military Advisory Training Team von 73 auf 103 Mann – offenbar eine Reaktion auf den Abzug nordkoreanischer Militärberater und auf die sich verschlechternde Sicherheitslage in Zimbabwe, Vgl. ARB, Vol. 19, No. 10, Nov. 15, 1982, p. 6629 (Political Social and Cultural Series).

106 Zur Südafrikapolitik der neuen Regierung Reagan vgl. den Assistenzstaatssekretär für afrikanische Angelegenheiten Crocker, Chester A., Südafrika. Strategie zum Wandel, Bonn 1981 und (bereits sehr viel differenzierter) Crocker, Chester A., The United States and Africa, in: Africa Report, Vol. 26, No. 5, Sept.–Oct. 1981, pp. 6. Kritisch dazu: Osgood, Robert E., The Revitalization of Containment, in: Foreign Affairs, Vol. 60, No. 3, 1982, pp. 486.

107 Vgl. Davidow, Jeffrey, Zimbabwe is a success . . . , a.a.O., p. 103.

108 ARB, Vol. 19, No. 4, May 15, 1982, p. 6430 (Political Social and Cultural Series).

109 Braun, Joachim, Erfolg für den Westen . . . , a.a.O.

110 Vgl. Ashford, Nicholas, The West hopes to reap rewards from generous aid to Zimbabwe . . . , a.a.O. (in Höhe von 12 Mio. Pfund).

frika verlor – sieht man von Namibia ab – seinen letzten weißen Vorposten im südlichen Afrika.

Mugabe verurteilte das Apartheid-System als »abscheulich und widerwärtig«,<sup>111</sup> sprach sich aber angesichts der wirtschaftlichen Abhängigkeiten für eine Politik der Koexistenz mit Südafrika aus. Die zimbabwische Regierung unterbrach die diplomatisch-kulturellen Beziehungen zu Südafrika, nahm in der Frage von Wirtschaftssanktionen vor der UN eine vorsichtige Haltung ein. Ebenso versprach man den Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika – SWAPO, ANC und PAC – ideelle und materielle Unterstützung, machte jedoch deutlich, daß man keine Militärbasen auf eigenem Territorium dulden werde (die Südafrika zum Anlaß für offene militärische Interventionen nehmen würde). Mit seinem Beitritt zur Southern African Development Co-ordination Conference (SADCC) – deren Kern die Frontlinien-Staaten bilden<sup>112</sup> – unterstützte Zimbabwe eine langfristige Strategie der Dissoziation von Südafrika. Sie will primär über sektorale Struktur- und Entwicklungsprogramme die »self-reliance and bargaining power«<sup>113</sup> der schwarzafricanischen Staaten in der Region vergrößern, schließt eine politisch-militärische Kooperation aber nicht aus. Zimbabwe gilt mit seinem beachtlichen Rohstoff- und Industriepotential als ›Lokomotive‹ in der SADCC, was mittelfristig auch zu Konflikten mit anderen SADCC-Ländern führen kann.

Die SADCC-›Gegen‹-Kooperation versetzte der südafrikanischen Vision einer Konstellation von wirtschaftlich abhängigen und politisch moderaten schwarzafricanischen Satellitenstaaten (CONSAS)<sup>114</sup> einen schweren Rückschlag.

Die ›Falken‹ in Pretoria reagierten – gegen die Interessen vor allem der englischsprachigen Business Community Südafrikas – mit einer gezielten Konfrontations- und Destabilisierungsstrategie in der Region. Vor die Wahl gestellt, einen fundamentalen internen Systemwandel einzuleiten oder die burische ›Wagenburg‹ bedingungslos zu verteidigen, scheint die südafrikanische Regierung für den Nationalen Festungsstaat zu optieren. Südafrika begann – von wirtschaftlichen Pressionen abgesehen – ein militärisches Interventionspotential<sup>115</sup> aufzubauen, um, wie es die Nationale Partei in Pretoria sieht, die schwarzafricanische Revolution an den Ufern des Limpopo zu stoppen.

111 ACR 1980/81, p. B934.

112 Mitglieder sind: Angola, Botswana, Mozambique, Tanzania, Zambia, Lesotho, Malawi, Swaziland und Zimbabwe. Vgl. Hofmeier, Rolf, Die Southern African Development Coordination Conference (SADCC), in: Afrika Spectrum, 16. Jg., H. 3, 1981, S. 245 ff.

113 ACR 1979/80, p. A35.

114 Vgl. Geldenhuys, Deon, The Constellation of Southern African States and the Southern African Development Co-Ordination Council: Towards a new regional stalemate? Braamfontein 1981.

115 Vgl. hierzu Braun, Gerald; Kühne, Winrich, Konfliktkonstellationen im südlichen Afrika, laufendes Forschungsprojekt der Deutschen Gesellschaft für Friedens- und Konfliktforschung.

Die Interventionstruppen bestehen überwiegend aus exilierten Selous Scouts und Muzorewa-Hilfstruppen im nördlichen Transvaal. Drei weiße südafrikanische Offiziere wurden am 18. 8. 1982 bei einem »unauthorized raid (so General C. Viljoen, Kommandeur der SADF) in Zimbabwe erschossen. Sie hatten die Aufgabe »of freeing political detainees – apparently a reference to supporters of Mr. Joshua Nkomo«, The Times v. 28. 8. 1982. Die Kameraden der südafrikanischen (ex-rhodesischen) Offiziere »rächten sich . . . mit entsprechenden Enthüllungen, unter anderem über die Existenz eines ›Zentrums für Destabilisation‹ in Pretoria«. Südafrikas Strategie gegen die ›Frontstaaten‹, in: NZZ v. 3. 2. 1983.

## **International Interests and Regional Conflicts in Sub-Saharan Africa: The Dynamics of the Decolonization Process in Zimbabwe**

By *Gerald Braun*

The majority of conventional studies on international conflict prove to be deficient in at least two respects:

1. they are statically orientated (status quo problem)
2. they concentrate on describing the interests of nation-states (level of analysis problem).

This article attempts to avoid both of these shortcomings. It focusses on the dynamics of conflict in Sub-Saharan Africa by analysing the interests and shifting alliances of the forces involved in the decolonization process in Zimbabwe on a global (USA, USSR, PR China), regional (UK, Frontline States), national (South Africa), and sub-national (Patriotic Front, Smith-Muzorewa Internal Government) level.

The article concludes that some of the fashionable ideas about ostensibly invariable interests and coalitions within the region must be abandoned. For example, the Conservative British Prime Minister Margret Thatcher helped the self-styled Marxist Robert Mugabe to victory in democratic elections; the idealistic human rights policy of the Carter administration achieved its first genuine success since the failure of the Southern Africa policy of the pragmatist Kissinger; the USSR and South Africa who regard themselves as experts on Black African problems completely misjudged the actual balance of power; the economically and socially weak Frontline States proved to be an important power factor in the solution of the conflict.

These are only seeming paradoxes. The increased militarization of the conflict and a growing economic crisis in the region led to its rapid escalation and internationalization. These developments forced the participants to revise their »cost-benefit« political strategies and paved the way for a solution to the conflict by negotiation.

## **Administration and Basic-Needs oriented Development: The Example Zambia**

By *Reinhard Bodemeyer*

The article investigates the impact of basic-needs oriented policy-making on implementation agencies in Third World countries, mostly the public administration. Relations between the administration on one side and state and society on the other side provide the framework for analysis.

The article gives some initial definitions and then focusses on the link between basic-needs oriented policy-making and rural development as a task of agricultural develop-